

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 Thlr.
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Insertate
(14 Sgr. für die fünfspalten-
telle Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 2. Febr. Se. K. M. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem bisherigen kaiserlich französischen Gesandten zu Berlin, Marquis de Moustier, den Rothen Adlerorden erster Klasse in Brillanten, dem herzoglich braunschweigischen Ober-Hofmarschall von Kuebel den Rothen Adlerorden erster Klasse, dem herzoglich braunschweigischen Hof-Jägermeister und Kammerath, Freiherrn von Veltheim, den Stern zum Rothen Adlerorden zweiter Klasse, dem Kommandeur des 7. Infanterieregiments, Obersten von Frankenberg, den Rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem königlich niederländischen Kammerherrn, Grafen von Limburg-Styrum, dem großherzoglich mecklenburg-strelitzischen Kammerherrn von Dörpen, und dem herzoglich braunschweigischen Hof-Jägermeister und Kammerherrn von Kalm den Rothen Adlerorden dritter Klasse, dem Kreisgerichtsrath Stehlich zu Torgau, dem pensionirten Landschaftsrentanten Wilde zu Stargard in Pommern, und dem Präzidenten und Schullehrer Riedelsberger zu Szabienin, im Kreise Darlemin, den Rothen Adlerorden vierter Klasse, so wie dem herzoglich braunschweigischen Leib-Kammerdiener Steiner, dem herzoglich braunschweigischen Revierförster Zuergens zu Gumburg, und dem herzoglich braunschweigischen reisenden Förster Hofer zu Wienrode das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Medizinalrath und Kreisphysikus Dr. Eulenbergr zu Koblenz zum Regierungs- und Medizinalrath bei der königlichen Regierung zu Köln zu ernennen; dem Kreisphysikus und Arzt der ständischen Irrenanstalt Dr. Karuth zu Sorau den Charakter als Sanitätsrath; so wie dem Kaufmann Theodor Molinari zu Breslau, und dem Kaufmann Friedrich Schmidt in Magdeburg den Charakter als Kommerzienrath zu verleihen; endlich dem Kammerherrn und fürstlich hohenzollern-nagarsingenischen Kavalier von Mayenfisch zu Kapfenstein die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Portugal Majestät ihm verliehenen Kommandeurkreuzes des Christusordens, so wie dem ordentlichen Professor der Rechte an der Universität zu Bonn, Geheimen Justizrath Dr. Walster, zur Anlegung des von des Großherzogs von Baden königlicher Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes mit Eichenlaub des Bähringer Löwenordens zu verleihen.
Dem Lehrer bei der hiesigen königlichen Bau-Akademie, Pohlke, ist das Prädikat Professor ertheilt worden.

Der Durchlauchtigste Herrenmeister des Johanniter-Ordens, Prinz Karl von Preußen, königliche Hoheit, haben den Rechtsritter Ober-Hofmeister Ihrer Majestät der Königin von Württemberg, Wilhelm Gottfried Karl Freiherrn vom Golz, nach Anhörung und erfolgter Zustimmung des Ordenskapitels, zum Ehrenkommendator des Johanniterordens ernannt.

CH Posen, 2. Februar.

Bekanntlich haben die mitteldeutschen Staaten, welche zur Schließung eines Sonderbundes in Würzburg vertreten waren, sich die Aufgabe gestellt, in Betreff der für die Bundesverhältnisse befürworteten Reformen mit Preußen um den Siegespreis zu ringen. Bei einer der ernstesten und wichtigsten Fragen, welche überhaupt in Betracht kommen können, hat sich jetzt deutlich genug offenbart, wie verschieden im Ziele und in den Wegen die Bestrebungen beider Theile sind. Die Stimmführer der Würzburger Konferenz haben einen Antrag auf Revision der Bundeskriegsverfassung vor die Bundesversammlung gebracht, noch ehe Preußen in der Lage gewesen war, mit seinen eigenen Vorschlägen hervorzutreten; aber schon die erste Erklärung, welche von Seiten unserer Regierung über die angeregte Frage abgegeben ward, bewies, daß sehr verschiedene Auffassungen über das Wesen der vorliegenden Aufgabe sich gegenüber stehen würden. Die mitteldeutschen Staaten hatten vor allen Dingen eine Prüfung der Vorfrage beantragt, ob überhaupt eine Revision der Bundeskriegsverfassung im Interesse der Wehrhaftigkeit Deutschlands angemessen sei, und man konnte billiger Weise noch in Zweifel bleiben, ob es sich darum handle, die unzweideutigen Anforderungen eines tief empfundenen Bedürfnisses mit der Autorität eines Bundesauspruchs als durchaus unberechtigt von der Hand zu weisen, oder aber durch irgend eine Scheinreform eine Täuschung der öffentlichen Meinung zu versuchen. Preußen dagegen gab seine Absichten sofort ohne Umschweife zu erkennen. Es bezeichnete die Revision der Bundeskriegsverfassung als eine Angelegenheit, deren schleunige Erledigung im Interesse der Sicherheit Deutschlands dringend gefordert werde, und knüpfte daran die Andeutung, daß bei der Umgestaltung des deutschen Kriegswesens vor Allem den realen Machtverhältnissen Rechnung zu tragen sei. Die damalige Andeutung hat jüngst im Schooße der Militärkommission des Bundes eine nähere Ausführung erhalten, indem der preussische Militärbevollmächtigte die wichtigsten Grundzüge des Reformprogramms seiner Regierung in amtlicher Form vorlegte. Es genügt, mit wenigen Worten den Vortrag des preussischen Militär-Bevollmächtigten in Erinnerung zu bringen, um darauf den Nachweis zu stützen, daß die preussischen Vorschläge nicht allein die ernste Erwägung verdienen, sondern in der That geeignet sind, der deutschen Wehrkraft für den Fall eines Krieges eine wirksame Verwendung zu sichern.

Man kann es nur unbedingt billigen, daß Preußen einige wesentliche Grundbestimmungen der bisher gültigen Kriegsverfassung des Bundes als praktisch unausführbar schlechterdings verwirft und von vornherein auf die Beseitigung derjenigen Artikel dringt, welche die Verbindung der gesammten Bundesstruppen zu einem einzigen Heere auch in der Kriegsauffstellung vorschreiben und außerdem anordnen, daß dasselbe unter den Befehlen eines Feldherrn stehe, welcher vom Bunde gewählt, in Eid und Pflicht genommen werden und demselben persönlich verantwortlich sein soll. Alle diese Bestimmungen stehen offenbar in Widerspruch mit sich selbst und mit den Zwecken, welchen sie dienen sollen. Denn wenn es überhaupt etwas Mißliches hat, daß größere Truppentheile unter den Befehl eines fremden Feldherrn treten, so läßt eine Kränkung des Selbstgefühls der Truppen und namentlich der Führer sich in der Regel nur dadurch vermeiden, daß die höchste militärische Autorität einer fürstlichen Persönlichkeit übertragen werde, welche schon durch Geburt und Ansehen über die gewöhnlichen militärischen Rangverhältnisse hinausragt. Andererseits dürfte aber jeder deutsche Souverän, auch

wenn er dem Rufe des Vaterlandes mit begeisterter Hingebung zu folgen bereit wäre, gerechtes Bedenken tragen, den Oberbefehl über das deutsche Heer und somit die Verantwortlichkeit für die gesammte Kriegführung unter Bedingungen zu übernehmen, welche seiner selbständigen Thätigkeit beengende Schranken setzen und ihn gewissermaßen zum dienenden Werkzeuge einer Diplomaten-Versammlung machen. Im gleichen Grade unangemessen sind die Vorschriften wegen Herstellung eines einheitlichen Heeres. Das System dieser künstlichen Einheit wäre verderblich, wenn es durchführbar wäre; denn es würde die zu geschlossenen Organismen herangebildeten und eingeschulten Truppenmassen der Großstaaten aus ihren schon bewährten Formationen herausreißen, um sie für das Experiment einer weiteren Konzentration zu verwenden. Aber das ganze System läßt sich überhaupt gar nicht durchführen; denn es ist völlig undenkbar, daß die Truppentheile Preußens und Oesterreichs unter Anschluß der kleineren Kontingente zu einem Gesamt-Organismus zusammenwachsen, und der Versuch ist schon deshalb ganz überflüssig, weil die ungeheuren Heeresmassen kaum jemals berufen sein können, gleichzeitig auf einem Kriegsschauplatze thätig aufzutreten. Aus der Sache selbst ergibt sich daher die Zweckmäßigkeit des preussischen Vorschlages, daß die Führung der Bundesstruppen zwischen Preußen und Oesterreich getheilt werde und daß die übrigen Bundeskontingente sich nach beiden Seiten hin dem von den Großmächten gebildeten Heereskern anschließen.

Ein ähnliches Verfahren ist unter Verhältnissen, welche eine Kriegsgefahr für Deutschland in drohender Nähe zeigten, auch von Oesterreich und den ihm näher befreundeten Staaten als ein zweckmäßiges anerkannt worden. Warum sollte man die für die Sicherheit des gemeinsamen Vaterlandes erforderlichen Vorkehrungen nicht lieber rechtzeitig treffen, damit dieselben als ein freies Zugeständniß an das allgemeine Wohl, nicht als ein durch die Noth erpreßtes, gelten könne? Bei dieser Gelegenheit wird sich offenbaren, wie Oesterreich die Gleichberechtigung Preußens versteht und ob die Mitteldeutschen es mit der Bundesreform ernstlich meinen.

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 1. Februar. [Vom Hofe; Man-cherlei.] Heute Vormittag 11 Uhr wollte die Königin mittelst Extrazuges von Potsdam nach Berlin kommen, um die Prinzessin Friedrich der Niederlande und die Prinzessin Alexandrine, welche beide ihr Geburtsfest feierten, zu beglückwünschen und zugleich auch der Prinzessin von Preußen und der Prinzessin Karl einen kurzen Besuch abzustatten. Die Hofequipagen, welche die Königin und das Gefolge aufnehmen und endlich einmal wieder unserer Stadt zuführen sollten, standen von 11 Uhr ab auf dem hiesigen Bahnhofe bereit; Mittags kam jedoch von Potsdam die Meldung, daß die Königin die Fahrt wieder aufgegeben habe und überfandte sie zugleich die für die beiden Prinzessinnen bestimmten Geburtstagsgeschenke. Wie ich erfahren habe, fällt es der hohen Frau unendlich schwer, ihren erlauchten Gemahl, wenn auch nur auf kurze Zeit, zu verlassen. Gestern ist der von Neuß gebaute Wagen nach Potsdam geschafft worden und soll derselbe nunmehr von dem hohen Patienten zu den Spazierfahrten benutzt werden. Wie schon gemeldet, ist derselbe so eingerichtet, daß in demselben sowohl der Rollstuhl, in welchem der König sitzt, als auch seine Begleitung bequem Platz finden. Zur Feier der heutigen Geburtsfeste war beim Prinzen-Regenten Familienafel und nahmen an derselben die Prinzen und Prinzessinnen, die niederländischen Herrschaften, der Prinz August von Württemberg, der Fürst von Hohenzollern und mehrere andere fürstliche Personen Theil. Abends nahmen die hohen Herrschaften zusammen den Thee ein. Am Vormittag ließ sich der Prinz-Regent von dem Geheimrath Vaire Vortrag halten und arbeitete darauf mit dem Minister v. Schleinitz. Am 11 Uhr empfing er mehrere Regiments-Kommandeure und nahm die Rapporte entgegen. Mittags machten die Prinzen und Prinzessinnen der Prinzessin Friedrich der Niederlande und der Prinzessin Alexandrine einen Gratulationsbesuch. Gestern Abend wohnte der Hof der Aufführung der Tragödie „die Sabinerinnen“ bei. Die Aufnahme des Stücks ist keineswegs eine für den Autor ermutigende gewesen. Das Ableben der Großherzogin von Baden hat auf die vom Hofe, von den Ministern, den Gesandten u. s. aufgestellten Festprogramme doch sehr störend eingewirkt. Die beabsichtigten Ballschlichkeiten und Theater-vorstellungen fallen überall aus. Eine Tanzfestlichkeit sollte gestern bei dem Handelsminister veranstaltet werden; wurde aber wieder abgesehen und es war nur Empfang. Der Prinz Friedrich Wilhelm, Prinz Albrecht und Prinz August von Württemberg erschienen mit vielen fürstlichen Personen in der Soirée und verweilten in derselben bis um Mitternacht. Der Prinz Friedrich Wilhelm unterhielt sich mit vielen Abgeordneten, die zahlreich erschienen waren, und auch mit dem General-Musikdirektor Meyerbeer.

Die Soirée des russischen Gesandten Baron v. Budberg, die morgen stattfindet, sollte auch eine französische Theatervorstellung bringen, in welcher Mitglieder der diplomatischen Korps die Rollen übernommen hatten. Die Proben liefen etwas Außerordentliches erwarten. Jetzt unterbleibt die Aufführung. Der bayerische Gesandte Graf Bray gab heute ein großes Diner. Die Fürsten Radziwill und viele andere fürstliche Familien, die Minister, die Gesandten und andere Notabilitäten besaßen sich unter seinen Gästen. — Durch das andauernde Anwohnen des Finanzministers v. Patow ist die Vorlage der die Armeeeorganisation betreffenden Entwürfe aufgehalten worden, doch hofft man, daß der Finanzminister bald so weit hergestellt sein wird, um wieder an diese Arbeit gehen zu können. — Der General Synold v. Schüz ist beauftragt

worden, nach Breslau, Pasewalk, Halberstadt und Deutz zu gehen und daselbst diejenigen Schwadronen der Kürassier-Regimenter zu besichtigen, aus welchen das neu zu formirende Manenregiment zusammengesetzt werden soll. Die betreffenden Regimentskommandeure haben bereits die erforderliche Zahl von Soldaten und Pferden abgegeben; Sache des Inspektors soll es nun aber sein, nachzusehen, ob die Kommandeure in Bezug auf Mannschaften und Pferde auch eine gute Wahl getroffen haben. Die Wahl möchte allerdings für einen jeden Kommandeur ein sehr ligliches Ding sein, denn keiner geht gewiß gern daran, tüchtige Leute und gute Pferde abzugeben. — Für die katholischen Soldaten unserer Garnison soll morgen Vormittag zur Feier des Festes „Maria Lichtmeß“ in der Garnisonkirche Gottesdienst in polnischer Sprache abgehalten werden. — Man sieht jetzt oft des Abends in den Straßen herrschaftliche Equipagen, welche die alte Gewohnheit, Laternen am Kutschersitz zu führen, aufgegeben haben; dieselben sitzen vielmehr jetzt an der Außenseite des Pferdes am Geschirr und eine dritte befindet sich an der Spitze der Deichsel. Daß diese neue Einrichtung vor der alten manche Vorzüge hat, liegt auf der Hand.

—p. Berlin, 1. Febr. [Aus dem Jahresbericht der Generalordenskommission für 1859.] Der eben ausgegebene lehtjährige Jahresbericht der Generalordenskommission weist unter den 796 in dem Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1859 verstorbenen Ritttern und Inhabern preussischer Orden und Ehrenzeichen nicht weniger als 133 preussische Offiziere nach, wovon sich 18 noch im aktiven Dienst, 115 dagegen in Pension und zur Disposition befanden. Ihrer Charge nach vertheilen sich dieselben auf einen Feldmarschall, den Grafen zu Dohna, 2 noch aktive Generale der Inf., v. Lutz und v. Hirschfeld I, wovon der Letztere zugleich kommandirender General des 8. Armeekorps war, und 3 zur Pension gestellte Generale derselben Charge, nämlich v. Hedemann, v. Sandrart und v. Brünneck; 1 aktiver Gen. Lieutenant, v. Wisleben, Kommandeur der 12. Division, und 6 inaktive Gen. Lieutenants: Graf Pückler, Graf Brühl, v. Below, v. Trotha, v. Bagensky und Freiherr Kellermeister v. d. Lunde, wie endlich noch in der Generalcharge wiederum 1 aktiver General-Major, v. Budenbrock, Kommandant von Königsberg, und 9 inaktive Generalmajors: Fürst Schönburg-Waldenburg, Scherbening, v. Schöning, v. Pollandt, Blumenthal, Collins, Harnes, v. Panwitz und Graf zu Solms-Rodelheim. Noch aktive Obersten sind 5 verstorben, und zwar: v. Montowt, Kommandeur des 10. Infanterie, Freiherr v. Bothmar, Kommandeur des 5. Kürassier-, Sogart, Kommandeur des 22. Landwehr-Infanterie, v. Wangenheim, Kommandeur des 18. Infanterie- und v. Waldow, Kommandeur des 3. Dragoner-Regiments, inaktive Obersten dagegen 7, nämlich: Deeg, Johannes, v. Grodzki, v. Bojanowski, v. Suchten, Bergmann und v. Brause. Ferner kommen hierzu noch 14 inaktive Oberstlieutenants, 3 aktive und 33 inaktive Majors, 5 aktive und 23 inaktive Hauptleute und 19 inaktive Premier- und Sekondelieutenants. Unter den 23 verstorbenen Generalen fanden sich drei Schwarze Adlerorden bei dem Feldmarschall v. Dohna, dem General der Infanterie v. Lutz und dem General-Major Fürsten von Schönburg-Waldenburg vertreten, den Militär-Verdienstorden besaßen hingegen 6, das Eisene Kreuz 1. Klasse 4, das Großkomthurekreuz des Hohenzollern-Hausordens 2, der Graf v. Dohna und Graf Brühl, und den Rothen Adlerorden 1. Klasse wieder 2, v. Hirschfeld und v. Hedemann. Unter den 12 verstorbenen Ritttern des Schwarzen Adlerordens befanden sich zwei gekrönte Häupter: Oskar, König von Schweden und Norwegen, und Ferdinand, König beider Sicilien, sonst aber noch an fürstlichen Personen: Johann, Erzherzog von Oesterreich, Wilhelm, Markgraf von Baden, und Heinrich XX, Fürst Neuß zu Greiz. Auch der k. l. Staatskanzler Fürst Metternich und Alexander v. Humboldt zählten zu den verstorbenen Ritttern dieses Ordens. Überhaupt aber stellt sich das Zahlenverhältniß für die bedeutungsvolleren Orden und Ehrenzeichen innerhalb dieser Todtenliste folgendermaßen: 12 Ritter des Schwarzen Adlerordens, ebenso viele Rothe Adlerorden 1. Klasse, 4 Großkomthurekreuze des Hohenzollern-Hausordens, 6 pour le mérite der Militär- und 5 der Zivillklasse (Prof. Dr. Lejeune Dirichlet zu Göttingen, Lud. Spahr, Alex. v. Humboldt, Prof. Dr. Ritter und Thom. Bashington Macaulay), 6 Eisene Kreuze erster, 239 zweiter Klasse, dabei 8 Senioren dieser letzten Klasse und 3 Ehren-Senioren, 4 Rothe Adlerorden mit den Schwertern vierter und 2 dritter Klasse, und endlich 15 Silberne Tapferkeitsmedaillen. Neue Orden und Ehrenzeichen sind in dem gleichen Zeitraum 2085 zur Vertheilung gekommen, und zwar: 3 Schwarze Adlerorden an den russischen Staatskanzler, Fürsten Gortschakoff und den russischen General der Kavallerie, Fürsten Dolgorucki, wie an den Prinzen von Dranien, Kronprinzen der Niederlande; 1 pour le mérite der Militärklasse an den Prinzen Alexander von Hessen, östreichischen Feldmarschall-Lieutenant, und 1 der Zivillklasse an den Professor Dr. Weber zu Leipzig, 27 Rothe Adlerorden 1. Klasse, 51 2. Klasse mit und 102 ohne Stern, 229 dritter Klasse mit der Schleife und 73 ohne dieselbe, und 782 Rothe Adlerorden 4. Klasse. Das Großkomthurekreuz des Hohenzollern-Hausordens ist 5, das Komthurekreuz 4 und das Ritterkreuz 14, der Adler des Ordens dieses Ordens aber 1 mal verliehen worden. Endlich kommen hierzu noch 102 Johanniterorden, 618 Allgemeine Ehrenzeichen und 72 Rettungsmedaillen. Aus dem Offizierstande sind 6, und aus dem Stande vom Feldwebel abwärts 7 Senioren des Eisernen Kreuzes 2. Klasse neu ernannt worden. Unter den höchsten zur Vertheilung gekommenen Ordenszeichen befinden sich von der preussischen Generalität bei dem Rothen Adlerorden 1. Klasse die noch aktiven Generalleutenants v. Herrmann, v. Schlegell, v. Hahn, v. Gayl und der Gene-

ral der Infanterie v. Peucker, wie aus der inaktiven Generalität der Generalleutnant a. D. v. Ehrhardt vertreten. Das Großkomthurnkreuz des Hohenzollern-Hausordens ist nur einem preussischen General, dem General der Infanterie und kommandierenden General des 8. Armeekorps, v. Bonin, verliehen worden.

Berlin, 1. Febr. [Ordenswesen.] Das am vorigen Sonntag abgehaltene Ordensfest erinnert wieder daran, daß gegenwärtig die preussischen Orden und Ehrenzeichen 58 verschiedene Abstufungen, Klassen und Dekorationen haben; 25 davon kommen auf den Rothen Adlerorden, der mit Anspach und Bairuth 1792 nur als Großkreuz (heute die erste Klasse) an die Krone Preussens kam. Durch die Ordensurkunde vom 15. Januar 1810 wurde eine 2. und 3., 1830 aber die 4. Klasse geschaffen und später der Stern 2. Kl., das Eichenlaub, die Schwerter und die Schleife als Abstufungen beigefügt. Der Schwarze Adlerorden wird jetzt mit und ohne Kette ertheilt. Der Orden Pour le mérite erhielt neue Abstufungen durch Hinzufügung der Krone und des Eichenlaubes und 1842 einer Friedensklasse für Wissenschaften und Künste. Diese hat bekanntlich im vorigen Jahre einen neuen Kanzler in der Person des gelehrten Reichsrichters, Staatsministers v. Savigny, erhalten. Der Hohenzollernische Hausorden in 7 Abstufungen, von denen die des Silbernen Kreuzes nur an wenige Personen ertheilt worden ist und nicht mehr verliehen wird, datirt erst aus dem Jahre 1851. Von den immer seltener werdenden Mittern des Eisernen Kreuzes wurden Ehrensensoren erwählt. Der Johanniterorden erlebte 1853-54 eine wesentliche Umänderung; er wurde seiner ursprünglichen wohlthätigen Bestimmung wieder zugeführt; die Mitglieder in Kommendatoren, Ehren- und Wehrkavalier eingetheilt und ihm aufs Neue die Bezeichnung „Valley Brandenburg des ritterlichen Ordens St. Johannes vom Spital zu Jerusalem“ und ein Herrenmeister in der Person Sr. K. H. des Prinzen Karl gegeben. Diese Würde ist vielfach von königlichen Prinzen bekleidet gewesen; auch der letzte Herrenmeister zu Sonnenburg war ein Mitglied des königl. Hauses, Prinz Ferdinand, jüngster Bruder Friedrichs des Großen; der Doyen der Johanniter und der Ritter des Ordens Pour le mérite ist der 87jährige, auch beim diesjährigen Ordensfest anwesend gewesene Oberst a. D. und Erb-Verlandmündschens von Schleffen, Graf Karl Lazarus Hensel v. Donnerstern, auch Ritter und Mitglied vom Kapitel vom Schwarzen Adlerorden. Wie in Preußen, so haben sich, mit Ausnahme Frankreichs und Großbritanniens, die Orden in neuerer Zeit in allen Staaten sehr vermehrt. Das letztere Königreich stiftete jedoch den Michaels- und Georgsorden für die Sächsischen Infanterie (18. Mai 1818) und einen Militärorden für Eingeborne des brit. Hindustans (1. Mai 1837). Im Ganzen sind jetzt in Europa 114 Ritterorden und 21 verschiedene Ehrenzeichen und Medaillen vorhanden. Die neuesten Orden stifteten der Großherzog, nämlich den Medjidieh-Orden (im Aug. 1852), der Herzog von Modena den Orden des Adlers v. Gte (27. Dez. 1855), der König der Niederlande und der Herzog von Nassau den Hausorden vom Goldenen Löwen. Mehrere Staaten haben ihren Ehrenzeichen, wie Preußen schon vor vielen Jahren, eine Medaillengewalt hinzugefügt, gewiß ein echtes „Ehrenzeichen“, da deren Erwerbung die That aufopfernder Nächtenliebe voraussetzt. Schliesslich ist unter den preussischen noch der am 3. Aug. 1814 gestiftete Sonnen-Orden zu erwähnen, dem die Frau Prinzessin Wilhelmine von Preußen, geb. Prinzessin von Hessen-Homburg, fast einunddreißig Jahre als hohe Schutzherrin vorstand bis an ihren Tod (14. April 1846). Dieser Orden zählt nur noch wenige Mitglieder und diese alle sind ehrwürdige Matronen. Das diesjährige Ordensfest hat sich dadurch ausgezeichnet, daß keiner der Minister, und nur sehr wenige Personen vom königl. Hofstaate neue Orden oder höhere Klassen erhielten. Unter den mit höheren Klassen des Rothen Adlerordens bedachten Herren bemerkt man dagegen einige Mitglieder des Hauses der Abgeordneten.

Breslau, 1. Febr. [Bestialität, nicht Brutalität.] Die „Schl. Z.“ schreibt: Unter all den nichtswürdigen Verleumdungen und böswilligen Verlegungen, denen unsere Damen in der letzten Zeit ausgesetzt waren, steht ein Vorfalle obenan, den wir nicht anders zu kennzeichnen vermöchten, als durch die obige Ueberschrift. Vor einigen Tagen um die Mittagszeit ging eine Dame, selbstverständlich still und sitzsam, ihres Weges auf der Klosterstraße, als ihr plötzlich ein Kerl mit einer Dine am Arme entgegentrat, sie festhielt und ihr mit Gewalt den Mund öffnete, worauf ihr die Dine, man sieht sich, es niederzuschreiben, in den Hals spie. Das Entsetzen, den Schauder und die Qual der unglücklichen Dame kann man sich denken. Man schaudert, wenn man von dieser Schandthat liest; man entsetzt sich aber noch mehr vor Ekel und Entrüstung, wenn man hört, daß die zufälligen Zeugen dieser Infamie feig genug waren, den nichtswürdigen Frevler ungehindert seines Weges gehen zu lassen. Wahrlich, die Brutalität auf den Straßen hat einen hohen Grad erreicht, und bald wird es keine anständige Frau mehr wagen dürfen, ohne Furcht vor nichtswürdigen Insulten aus dem Hause zu treten. Wenn es den Bemühungen der Behörde nicht gelingt, dem Scandal ein Ende zu machen, sollte es nicht vielleicht einer Vereintigung von Männern gelingen, wieder die öffentliche Sicherheit herzustellen?

Münster, 31. Januar. [Schreiben des Papstes.] Der „W. M.“ theilt den Text eines von dem Papste an den Erzbischof Giffel von Köln gerichteten Schreibens mit, in welchem der Papst für die von den preussischen Bischöfen an Sr. K. Hoheit den Prinz-Regenten übergebene Adresse und den dadurch bezugenen Eifer dankt. Wir theilen sie demnach vollständig mit. (D. Red.)

Oesterreich. Wien, 31. Jan. [Die Universitäten; Deputation; der Arbeiterkrawall.] Die Frage der Aufhebung einzelner Universitäten befindet sich der „Presse“ zufolge in voller Berathung. Soviel über dieselbe verlautet, wäre die Angelegenheit in der zur Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte niedergesetzten Budgetkommission zur Sprache gekommen, und hätte sich diese mit allen Stimmen gegen eine für die Aufhebung der Universitäten Graz und Krakau, hingegen einstimmig für die Erhaltung der Hochschule von Innsbruck ausgesprochen. — Aus Oesterreich wird demnach eine Deputation von evangelischen Pfarrern und Gemeindegliedern hier eintreffen, um an den Kultusminister mehrere Bitten zu richten, u. A. die um die Genehmigung der Bildung eines „evangelischen Vereins“ in Oberösterreich, welche die oberösterreichischen Pfarrer bereits vor zwei Jahren nachsuchten, ohne bisher einen Bescheid hierauf erhalten zu haben. — Nach einem Bericht der „Temesw. Z.“ aus Steierdorf ist daselbst auch der Hädelsführer des erwähnten Krawalls (Arbeiterunruhen) verhaftet. In Steierdorf ist es jetzt durch Einführung eines starken Patrouillen-Nachdienstes, dessen Leitung die Beamten freiwillig übernommen hatten, ruhig; jedoch sei die Lust zur Ordnung und Arbeit erst bei wenigen an den Erzfessen theilhaftig gewesenen Arbeitern zurückgekehrt.

Pesth, 27. Jan. [Ungarn und Serben.] Auf die Verbrüderungs-Demonstrationen zwischen Ungarn und Serben, welche am 17. d. im hiesigen Nationaltheater stattgefunden, sind seitdem hier und an mehreren anderen Orten des Pesther Komitats, welche eine bedeutende serbische Bevölkerung zählen, mehrere Feste und Bankette gefolgt, wo zwischen der serbischen und der ungarischen Jugend der Bund der Einigkeit und Treue mit förmlichem Schwur befestigt wurde. Dabei mag viel Tölpelbegeisterung und jugendliche Ueberschwänglichkeit mit unterlaufen; der Grundgedanke dieser Kundgebungen entspricht aber der allgemeinen Stimmung in den beiden Lagern. Jeder unparteiische Beobachter wird sich auf Schritt und Tritt überzeugen, daß die Ideen der Eintracht und des

Zusammengehens der verschiedenen Nationalitäten Ungarns in letzter Zeit ungemein an Terrain gewonnen haben. (R. Z.) Verona, 28. Jan. [Aufregung.] Der „Times“ wird telegraphisch gemeldet: Die Aufregung ist in Venetien fortwährend im Steigen begriffen. Im Laufe eines einzigen Tages wurden in Verona sieben Offiziere angegriffen und verwundet, und Keiteri wurde zur Säuberung der Straßen herbeigerufen. In Chioggia, Partosecco und Palestrina wurden Versuche gemacht, die dreifarbige Fahne aufzupflanzen. In Venedig wurden 36 Personen wegen Verleumdung von Leuten, welche auf der Piazza di San Marco während der Militärmusik spazieren gingen, verhaftet.

Bayern. München, 30. Jan. [Die Reform der Bundeskriegsverfassung.] Die „Süddeutsche Zeitung“ verteidigt die preussischen Bemerkungen zur Bundeskriegsverfassung. Sie sagt u. A. sehr richtig: „Der Plan, im Kriegsfall zwei Bundesheere unter dem Oberbefehl der zwei Großmächte zu bilden, fordert eine eingehende Prüfung vom politischen und militärischen Standpunkte aus. Man macht ihm zum Vorwurf, er stelle den Dualismus, in seiner ganzen Nacktheit“ hin. Es wird demnach zu untersuchen sein, ob die Wahrheit nackt oder verkleidet den Vorzug verdient. Man macht ihm ferner zum Vorwurf, er bedrohe die Souveränität der Mittelstaaten. In dieser Hinsicht wird zu untersuchen sein (sofern das der Untersuchung überhaupt noch bedarf), ob Deutschland je zu einem achtbaren politischen Körper erstarkt kann ohne Opfer an der Souveränität der Einzelstaaten; ob zu den nothwendigen Opfern das mit dem preussischen Vorschlage geforderte wirklich gehört; ob diese Opfer den beiden Großmächten zu bringen seien, oder nur jener künftigen Zentralgewalt, die wir, Gott weiß, wie und zu welcher Zeit, erringen werden.“ Weiter bemerkt sie gegen die „Allgemeine Zeitung“: „Das Augsburger Blatt wagt freilich die Prophezeiung: eher würden sich die deutschen Fürsten in Louis Napoleon's Arme werfen, als den Oberbefehl eines deutschen Bundesheeres im Kriege grundgesetzlich an Preußen und Oesterreich überlassen. Ja, wir hören, ein solcher fürstlicher Entschluß sei denkbar, selbst unter der Voraussetzung des besten Patriotismus“, und wir werden belehrt, daß es „gefühlspolitische Selbsttäuschung“ sei, an die Gefahren des neuen Rheinbundes nicht zu glauben. Aus zwei Gründen glauben wir doch nicht daran. Erstens weil wir Gefühlspolitiker genug sind, den deutschen Fürsten ein Gefühl der Ehre und Vaterlandsliebe betzumeissen, das mit Rheinbundsgedanken nicht verträglich ist. Zweitens weil wir der im deutschen Volke lebenden Gesinnung sicher genug sind, um zu wissen, daß über jede erneuerte Rheinbundspolitik ein furchtbares Volksgericht ergehen würde. Darin befindet sich der Fortschritt der deutschen Entwicklung seit vierzig Jahren, daß heute unmöglich ist, was damals noch möglich war.“

München, 31. Januar. [Die Verhältnisse der Juden.] Das Vertrauen in die freisinnigen Absichten des derzeitigen Ministers des Innern konnte durch die kürzlich erfolgte Ernennung eines Israeliten zum Vorstand einer Kreis-Ärenanstalt nur bekräftigt werden, auch hat die Mehrzahl der bayrischen Blätter jene Ernennung in diesem Sinne besprochen. Wie es scheint, hat die hierbei zu Tage getretene Zustimmung des Landes das Ministerium zu weiteren Schritten in dieser Richtung ermächtigt, es besteht wenigstens die Absicht, den künftigen Landtag zu einer zeitgemäßen Regelung der die Israeliten betreffenden Verhältnisse zu veranlassen. In erster Reihe wird hierzu die Aufhebung des noch gegenwärtig in Kraft bestehenden Edikts von 1813 gehören, dessen Rigorismus sich zur Genüge darin kennzeichnet, daß es jede Einwanderung und Niederlassung fremder Juden im Königreich verbietet, und die Zahl der Judenfamilien an den Orten, wo sie einmal bestehen, nach und nach möglichst vermindert wissen will. (R. Z.)

Hamburg, 31. Jan. [Ein Erkenntniß des Senats.] Ein im Laufe dieser Woche vom Senate gefälltes militärgerichtliches Urtheil erregt hier großes Aufsehen. Im Laufe dieses Sommers war zwischen einem Offizier der hiesigen Garnison und dem angestellten Militärarzte ein Streit ausgebrochen, der zuerst zu einer freundschaftlichen Beilegung zu führen schien, später aber zu einer Forderung durch den Offizier führte. Der Arzt glaubte aber jetzt nicht mehr der Herausforderung entsprechen zu müssen und da er eignete sich Folgendes: Es war gerade die Cholerazeit und jener Offizier nebst zwei Kameraden sandten einen Zivilisten zu dem Arzte, um denselben unter dem Vorgeben einer ausgebrochenen Krankheit in das Haus des Ersteren zu locken, wo seiner eine Mißhandlung wartete. Schon damals sprach sich hier allgemein über diesen Mißbrauch des ärztlichen Berufs, zumal zur Zeit einer gefährlichen Epidemie, eine allgemeine Entrüstung aus und der Gesundheitsrath sowohl wie die übrigen ärztlichen Kollegen forderten den Schutz der Behörden gegen das Wiederkehren solcher Vorkommnisse. Dieser ward ihnen auch von der kompetenten Behörde, dem Obergerichte, insofern, als in einem über jenen Vorfalle abgegebenen Straferkenntniß das Verfahren der drei Offiziere in den härtesten Ausdrücken gerügt und sie sammt dem Zivilisten in eine mehrmonatliche Gefängnißstrafe verurtheilt wurden. Gegen dies Straferkenntniß wendeten sie sich appellirend an den Senat, der nach längerer Zeit dasselbe gegen alle drei Offiziere aufhob, weil der Hauptbetheiligte erklärt habe, seinen Abschied nehmen zu wollen. Allerdings sind dem Arzt seine etwaigen Zivilansprüche vorbehalten worden, ein reiner Luxus, da der Offizier bereits den Dienst und die Stadt verlassen hat. Es wird auch glaublich behauptet, daß es dem Anwalt des Arztes nicht hat gelingen können, die Entscheidungsgründe zu dem vom Senate abgegebenen freisprechenden Erkenntniße zu erhalten. Wie gesagt, dieser Ausgang der Sache erregt hier das peinlichste Aufsehen, zumal bei der ohnehin schon vorhandenen Unzufriedenheit mit dem Senate. (B. Z.)

Mecklenburg. Schwerin, 31. Jan. [Ausruf für den Papst.] Eine besondere Beilage zu dem „Nordd. C.“ enthält einen Ausruf des Kammerherrn v. d. Reitenburg auf Magden-dorf „An die Legitimisten in Mecklenburg“, welcher sowohl die Katholiken als die Protestanten in Mecklenburg zu freiwilligen Geldbeiträgen für den in seinem legitimen Rechte bedrohten und zur Vertheidigung derselben gezwungenen Papst auffordert.

Sächs. Herzogth. Koburg, 31. Jan. [Landtag.] Am 28. d. ist, nach einer längeren Pause, der Landtag des hiesigen Herzogthums wieder eröffnet worden. Unter den an denselben gelangten Vorlagen sind besonders hervorzuheben: ein Gesegentwurf, die Aufhebung der Beschränkung des vertragmäßigen Zinsfußes

betreffend, ein dergleichen über die Aufhebung des Anastasianischen Gesetzes, ein Gesegentwurf in Betreff der Bonitirung des Grundbesitzes und der allgemeinen Grundsteuer, als Folge der durch bayrische Beamte seit einer Reihe von Jahren im Gange befindlichen Landesvermessung, ferner ein Dekret, die Anfertigung neuer Thaleskrische an Stelle der defekten betreffend, ein dergleichen die Verlegung der Steuerübergangsstelle nach Lichtenfels betreffend, ein wie ein Gesegentwurf über die Gemeinde-Körperschafts- und Privatwaldungen, ein Postulat in Betreff eines Zuschusses zu Verzinsung der Berrabahnaktien. (Dr. S.)

Großbritannien und Irland.

London, 30. Jan. [Tagesnotizen.] Der „Independent“ wird telegraphirt: Die Gerüchte über die Verheirathung des Prinzen von Dranien mit der Prinzessin Alice von England bestätigen sich. — Die Engländer erhalten alle Bäume mit demselben Eifer, mit welchem sie anderswo ausgerottet zu werden pflegen. Man erinnert sich vielleicht, welche Verhandlungen es im Parlamente abgesetzt, als durch den Krystallpalast ein Paar Bäume vom Hyde-Park in Gefahr kamen. Mit Bedauern wird jetzt gemeldet, daß durch den letzten Sturm die berühmte Linde von Moorpark, Sig des Lord Chury, ganz zerstört sei. In ihren Zweigen haben viele Leute Gastfreundschaft genossen; denn ihre Aeste und Zweige, die sich in einem Durchmesser von 140 Fuß ausbreiteten, waren zu Sitzen eingerichtet. — Vom Kap sind Nachrichten bis zum 22. Dezember eingetroffen. 300 Arbeiter sind an der Eisenbahn von der Kapstadt nach Wellington beschäftigt. In Caledon wird eine landwirthschaftliche Ausstellung abgehalten und, um das Bild der fortschreitenden Kultur zu vollenden, wird erzählt, daß ein einziger Krämer in Graham etwa für einen Zentner Stahlreifen an die farbigen Damen, die auf Krinolinen erpicht sind, verkauft hat. — Oberst Rose hatte das Unglück, zu ertrinken. — Die deutsche Legion an der Grenze wird vom 31. März an keinen Sold mehr erhalten.

London, 31. Jan. [Parlament.] In der so eben stattgehabten Sitzung des Unterhauses erwiederte Lord Russell auf eine desfallsige Interpellation Stanfield's, daß Sir Hudson von der Regierung keine Instruktionen hatte, mit Garibaldi in Betreff der Associazione armata zu kommunizieren, sondern nur privatim seine Ansichten Garibaldi mitgetheilt habe. Garibaldi hatte sich gegen die Bildung der Associazione ausgesprochen; der französische Gesandte intervenirte nicht. (Tel.)

Frankreich.

Paris, 30. Jan. [Der „Constitutionnel“ über die päpstliche Encyclica.] Der „Constitutionnel“ begleitet den Abdruck der päpstlichen Encyclica mit einer (schon telegraphisch in Nr. 25 erwähnten) Entgegnung, welche bedeutendes Aufsehen gemacht hat (und jedenfalls inspirirt ist). Der Artikel ist vom Hauptredakteur Grandguillot unterzeichnet und lautet:

Der Papst hat an alle Bischöfe eine Encyclica gerichtet. Wir haben uns zuerst die Frage vorgelegt, ob die Gesetze erlaubten, dieses Aktenstück zu veröffentlichen. Das organische Gesetz, welches die Beziehungen der politischen Gewalt unfres Landes mit der römischen Kurie ordnet, läßt über diese Frage keinen Zweifel und läßt dieselbe in vernehmendem Sinne. Der erste Artikel dieses Gesetzes lautet nämlich: „Keine Bulle, keine Breve, Reskript, Dekret, Mandat, kein Bestallungsbrief und als Bestallungsbrief dienende Weisung, noch andere Zuwendungen der römischen Kurie, selbst wenn sie nur Private betreffen, können entgegengenommen, veröffentlicht, gedruckt oder anderweitig in Vollzug gesetzt werden ohne Genehmigung der Regierung.“ Diese Bestimmung ist bündig und wir würden dieselbe nicht haben überschreiten können, wenn die Mäßigkeit und Duldsamkeit der Regierung uns nicht von einem so unbedingten Verbot zu mühen gelaubt hätte. Es ist uns, wie allen uneren Kollegen, heute Abend angezeigt worden, daß wir unbedarft das päpstliche Schreiben veröffentlichen könnten. Dieser Brief ist ein Aktenstück, worin das Oberhaupt der Kirche sich an alle seine ehrwürdigen Brüder im Episcopate wendet. Aus diesem ersten Grunde erlegt es uns eine Pflicht auf, die wir streng beobachten werden. Aber dasselbe berührt nicht Glaubensfragen, bei deren Lösung die Autorität des Papstes selbst nur unbedingt ist, wenn sie den heiligen Kanones gemäß und im Einklange mit der allgemeinen Zustimmung der verammelten Kirche ist. Hier handelt es sich nur um eine politische Frage, und über diesen Punkt ließe sich die Befugniß der römischen Kurie nicht ohne Mißbilligung aller Ueberlieferungen der französischen Kirche zugestehen. Die denkwürdige Erklärung von 1682, welcher der Name Bossuet so ruhmreich beigefügt ist, sagt wörtlich: „daß St. Petrus und dessen Nachfolger, Stathaler Jesu Christi, und daß selbst die gesamte Kirche nur Macht von Gott haben in geistlichen Dingen und solchen, welche das Heil betreffen, und durchaus nicht in weltlichen und bürgerlichen Dingen.“ In dem encyclicalen Briefe vom 19. Januar ist es nun aber der weltliche Fürst, der im Namen eines weltlichen Interesses spricht, aber in den Formen und mit dem besondern Charakter, der dem Oberhaupt der Kirche angehört. Hier liegt also ein Mißbrauch der geistlichen Gewalten vor, der uns zwar nicht von der ehrwürdigen Schonung entbindet, uns aber ein freies Urtheil nicht zu unterlagen vermag.

Wir nehmen keinen Anstand, unumwunden unsere Meinung zu sagen: die Gegner des Papstthums haben denselben stets seine Bestrebungen vorgeworfen, über das geistliche Gebiet, das ihm ausschließlich zufließt, hinauszugreifen. Viele unabhängige Köpfe, die ihre Unterwerfung anherhalb der Glaubenssachen verweigerten, haben sie gegen dasselbe aufgerufen. Als man, um mit den Worten der Erklärung vom Jahre 1682 zu reden, „die Könige und Herrscher der kirchlichen Gewalt unterwerfen wollte“, hat man der Einheit, deren Mittelpunkt Rom ist, ganze Völker entfremdet. Gott lob, wir leben nicht mehr in den Zeiten der Kirchentrennungen und Häresen, und unser Zeitalter ist zu aufgeklärt, als daß dergleichen Trennungen aus einem vorübergehenden Mißverständnis erfolgen könnten. Unmöglich aber können wir die Haltung, die man Pius IX. in Verhältnissen einnehmen läßt, wo der Geist der Verjährung der erhabenen Würde des heiligen Vaters so wohl anstehen würde, unbillig lassen. Ist es nicht traurig, in einem so wichtigen Aktenstücke, wie das in Rede stehende, die ewige Sache der Kirche in die dieser so wenig würdigen Sollicitäten hineinzuwerfen, erniedrigt und mit dem Schicksale jener Fürsten verbunden zu sehen, welche in Italien sich nur durch die Waffen Oesterreichs aufrecht erhalten haben und nur hinter diesen dahin zurückzukehren vermöchten! Einer der Gründe, welche im Briefe des Papstes gegen die Vooreizung der Romagna angeführt werden, lautet in der That dahin, daß er diesen Gebietsheil nicht abtreten könne, ohne die Rechte der italienischen Fürsten, die ihrer Besitzungen unrichtmäsig beraubt worden, zu schwächen“. Das also ist das Oberhaupt der Kirche, das sich, wie zu Bonifacius VIII. und Innocenz XII. Zeiten, zum Schiedsrichter der politischen Souveränitäten macht! Und, wohl gemerkt, dieses theokratische Schiedsrichtertum, welches in uneren Tagen für das Papstthum das gefährlichste Vorrecht sein würde, ist, wech seltener Kontrast! nur der unwiderlegbare Beweis seiner Abhängigkeit, denn vor wie nach dem italienischen Kriege finden wir Rom unter Oesterreichs Einfluß gebucht, unter jenem Einfluß, den der Vater Lacordaire so treffend als eine Ursache des Verfalles und der Erniedrigung für den heiligen Stuhl erachtete. Beflagen würden wir die französischen Katholiken, welche das Traurige dieser vom Papste eingenommenen Haltung nicht fühlen, welches gegen den Willen der Völker die Fürsten wieder aufrichten sucht, die in Solferino gefallen sind und keine andre Zukunft gefunden haben, als den Trost Oesterreichs. Diese Haltung vernichtet die Hoffnung aller Derer, die gern gesehen hätten, daß das Haupt der Christenheit den Glanz seiner politischen Macht in seiner Vereinigung mit dem regenerirten Italien wieder erlangt hätte.

Der encyclical Brief wird ohne Zweifel vielen Lebenslängern, die weder etwas Französisches noch etwas Christliches an sich haben, und welche das Ansehen dieses Aktenstückes und seines ehrwürdigen Ursprunges zu mißbrauchen suchen werden, zum Sammelplatze dienen. Wir fürchten nicht, daß dieselben Erfolg haben werden; denn die Politik des Kaisers wird, davon sind wir über-

zeugt, zu keiner begründeten Voreingekommenheit Veranlassung bieten. Von einer Ergebenheit erfüllt, die seit zehn Jahren sich jeden Tag aufs Neue bekundete, hat der Kaiser zuerst dem Papste Reformen angetragen, wodurch er die Integrität des Kirchenstaates retten konnte. Diese Rathschläge wurden abgewiesen; das Uebel hat sich gesteigert, und gegenwärtig scheint es nicht möglich zu sein, die Bevölkerung der Romagna, ohne sie mit Gewalt zu zwingen, wieder zurückzuführen. Der Kaiser hat geglaubt, es würde dem Papste mehr nützen, wenn er auf die Romagna verzichte, als wenn er seine Untertanen durch blutige Mittel und ausländische Intervention wieder unterwerfe. In einem des älteften Sohnes der Kirche und des Herrschers von Frankreich würdigen Briefe hat der Kaiser dieses dem heiligen Vater aufrichtig erklärt. Dem Papste stand es frei, diesen Rath zu befolgen oder zurückzuweisen. Er hat denselben zurückgewiesen. Wir sind weit entfernt, ihm dieses Recht streitig machen zu wollen, und wir hegen die Ueberzeugung, daß Frankreichs Rath sich nie in Drohung oder Zwang ändern werde. Frankreich hat demnach seine Pflicht erfüllt. Wie groß die Ungerechtigkeit gegen dasselbe auch immer sei, sie wird es nie vermögen, die Rolle der Mäßigung und des Schutzes zu verlassen. In Rom werde es im Nothfalle selbst den Papst gegen die Anarchie verteidigen; wenn aber die politische Autorität des heiligen Vaters überall sonst bestimmt ist, andere Kräfte zu bestehen, so wird die Verantwortlichkeit dafür nicht auf die hochberühmte Nation zurückfallen, welche Alles gethan hat, um dieselben zu beschützen, und die stets bereit sein wird, ihre hilfreiche Unterstützung, die augenblicklich verlangt wird, zu gewähren.

[Tagesnotizen.] Der „Univers“ ist unterdrückt; aber wie man vernimmt, beabsichtigt Herr L. Veilliot, das Blatt von Brüssel aus fortzusetzen. Bei allen Leiden und Drangsalen, welche die ganze übrige Presse durch die maasslosen Angriffe dieses Blattes zu leiden hatte, zollt man doch dem Talente und dem Muth seines Hauptredakteurs die gebührende Anerkennung, und man hört viele Stimmen, welche diese prinzipiell nirgends gebilligte Maassregel, auch selbst in ihrer speziellen Anwendung, als unpraktisch ansehen. — Der „Correspondant“ hat gleichfalls wegen eines Artikels von Albert de Broglie (s. unten) sein zweites Avertissement erhalten. — Der Marinepräfect von Toulon hat die telegraphische Weisung erhalten, eine bestimmte Anzahl von Dampftransportschiffen zur Abfahrt bereit zu halten. Man will darin eine Wahrheitspflicht für den baldigen Abzug der Truppen von Rom sehen, obgleich der „Constitutionnel“ sich das offiziöse Ansehen giebt, als sei dies keineswegs im Plane der kaiserlichen Regierung. — Der neue Befehlshaber des mittelländischen Evolutionsgeschwaders, Viceadmiral Le Barbier de Tinan, hat Befehl erhalten, sich unverzüglich nach Toulon zu begeben. Er sollte erst am 15. Febr. sein Kommando übernehmen. Das Evolutionsgeschwader soll um zwei Linienfahrzeuge gemischten Systems verstärkt werden.

[Der Brief des Kaisers an den Papst.] Der Herzog A. v. Broglie giebt in dem „Correspondant“ eine sehr scharfe Kritik des Kaisers an den Papst. Er schiebt seinen Artikel mit folgenden Worten: Die Hand Frankreichs ist stark nach Außen hin und noch stärker im Innern. Es ist diese Hand eine ungeheure Gewalt, welche zehn Revolutionen gesteigert haben. Eine Gewalt, die ganz verschieden von allen alten Autoritäten Europas ist, welche von Ueberlieferungen und Erinnerungen leben und deren Ruinen bei jedem Hauche der neuen Zeit über den Haufen fallen, eine Gewalt, die sich in den vollstündlichen Fluthen gestählt hat, die aus dem Schooße der neuen Gesellschaft hervorgegangen ist. Die Civilisation giebt dieser Gewalt tausend Arme und die Centralisation einen einzigen Kopf. Sie hat ein unvergleichliches Heer, das sie nach Willkür rechts oder links ausbreiten lassen kann. Ihr Gedanke fliegt mit der Schnelligkeit des Blitzes, und ihre Kanonen erreichen selbst die, welche deren Lärm nicht hören. Eine feine Verbindung der alten und der neuen Gelehrte hat alle Quellen und Frichte der Gesellschaftsfortschrittlichkeit in jene Hände gegeben: die Gerechtigkeit, die Offenheit, den Reichtum. Diese Gewalt hat nur eine, die ihr gleich, ja überlegen war, es ist die der katholischen Kirche. Auf der Oberfläche Frankreichs lebe ich nur eine einzige Autorität, die nicht vom Staate abhängt, es ist die Kirche. Ich kenne nur eine Thür, zu welcher der Staat nicht den Schlüssel hat, es ist die des Gebets und des Gewissens. Begreift man nun, wie bedenklich es ist, einer solchen Gewalt gegenüber, die einzige Macht, die auf gleicher Höhe mit ihr steht und ihr ins Gesicht blicken kann und wäre es auch nur um eine Linie zu vermindern, und dies muß besonders denen natürlich scheinen, welche nicht an die der Kirche gemachten Versprechungen glauben. Man wird nicht siegen. Die Kirche wird allein widerstehen und ihre Sache triumphirend aus dem Kampfe hervorgehen.

[Die Encyclica des Papstes und der „Univers“.] Die Savoyische Frage.] Der „Univers“ hat mit der Kühnheit, die ihm eigen ist und die diesem Blatte auch die Gegner nicht bestreiten werden, die Encyclica des Papstes veröffentlicht und sie wie eine Brandsackel in die katholische Bevölkerung Frankreichs geschleudert. Die Regierung wußte, daß das päpstliche Rundschreiben sich seit mehreren Tagen in den Händen der Bischöfe befindet und ließ es an Anstrengungen nicht fehlen, um die Veröffentlichung zu verhindern. Nicht nur wurde Herr Veilliot und den Redaktionen der „Gazette de France“ und der „Union“ die Weisung gegeben, diese Publikation zu unterlassen, es wurde selbst an den Herzog von Gramont telegraphirt, um den Papst zu einem Befehle in diesem Sinne zu bestimmen. Die beiden anderen klerikalen Organen ließen es sich gesagt sein, daß eine Erklärung, es sei im Besitze des päpstlichen Schreibens, die Veröffentlichung müsse aber unterbleiben, aus Gründen, die von seinem Willen unabhängig sind, das zweite meldet mit Bedauern, daß ein Verbot es hindere, das Schreiben zur Kenntniß seiner Leser zu bringen. Nur Veilliot schreckte vor keinem Verbot zurück. Mann hatte ihn auf die Vorchrift des Kontordats aufmerksam gemacht, nach welcher päpstliche Erlasse nur mit Genehmigung der Regierung veröffentlicht werden dürfen. Er erwiderte, es handle sich nicht um einen dispositiven Erlaß, sondern um eine Ansprache, die der Papst an die Gläubigen richte, und es sei katholische Pflicht, nicht eine Stunde länger den bedrängten Herzen die Lage des Oberhirten vorzunehmen. Er wußte selbst Präventionen zu umgehen, um der Gewalt den Krieg zu erklären. Das Ansehen, welche diese That des klerikalen Journalisten erregt hat, ist ganz unglücklich, und man muß den Partnern die Anerkennung zu Theil werden lassen, daß sie auch den freimüthigen und tapfern Sinn eines politischen Gegners zu ehren wissen. Uebrigens sind die Nummern des „Univers“, welche die päpstliche Encyclica bringen, verschwunden, nur wenige Exemplare wandern verstoßen von Hand zu Hand. Die Savoyische Annerionsfrage, auf die in den letzten Tagen das Interesse an den italienischen Angelegenheiten konzentriert war, ist vor diesem Ereigniß in den Hintergrund getreten. Ich bemerke neulich (s. gestr. Ztg.), die Regierung werde die Sache vor der Hand nicht weiter betreiben. Diese Ansicht muß ich heute modifiziren. Der Entschluß der Regierung, vorläufig

von der Ausführung dieses seit langer Zeit vorbereiteten Planes abzusehen, ist allerdings gefast, aber nur unter der Voraussetzung, daß die in Savoyen eingeleiteten Manifestationen für die Absichten Frankreichs ungünstig ausfallen. Diese Bewegung einzuleiten, war der Zweck von Pietri's Mission nach Italien, durch sie soll die Meinung Victor Emanuels widerlegt werden, daß die Savoyarden Antipathien gegen Frankreich haben und sich gegen die Abtrennung von Piemont sträuben würden. (H. Z.)

[Journalstimmen über das päpstliche Rundschreiben; die Savoyische Frage.] Der Artikel des „Constitutionnel“ und das kaiserliche Dekret, welches den „Univers“ unterdrückt, so wie das päpstliche Rundschreiben beschäftigen heute ganz Paris. Außer dem „Constitutionnel“ antworten auch heute „Patrie“ und „Pays“ auf das päpstliche Rundschreiben. Das „Pays“ giebt der Wiener Regierung, die beim Beginn des Krieges ihre Truppen aus den römischen Staaten zurückgezogen, die Schuld der Ereignisse in der Romagna, und die „Patrie“ sagt, daß der Papst den großen Fehler begangen habe, östreichisch gesinnt zu bleiben, anstatt italienisch zu werden, wie es Frankreich und Italien von ihm verlangt. „Pays“ sowohl, wie „Patrie“, suchen zu beweisen, daß der römische Stuhl keinen ergebeneren Verechter hat, als Frankreich, das ihm wohl wolle und das fortfahren werde, ihn zu beschützen. „Nichts“, meint die „Patrie“, werde dem Kaiser verhindern, der älteste Sohn der Kirche zu bleiben und durch seine Wohlthaten auf Ungerechtigkeiten zu antworten.“ Die Frage Betreffs der Annerion Savoyens und Nizza's an Frankreich trägt natürlich noch dazu bei, die Schwierigkeiten der Lage zu vermehren. Das „Pays“ veröffentlicht heute eine halbamtliche Mittheilung darüber, welche lautet: „Eine telegraphische Depesche aus Chambery von gestern (29. Jan.) meldet von einer dort vorgekommenen Kundgebung gegen die Annerion Savoyens an Frankreich. Wie auch unsere besonderen Nachrichten lauten mögen, wir werden heute nichts über die Ernsthaftigkeit und Bedeutung dieser Kundgebung sagen. Wir müssen unsere Auslassung über die Thatsache selbst und deren Urheber vertragen. Heute können wir nur sagen, daß die französische Politik jeder Kundgebung dieser Art, sei es für oder gegen, fremd ist. Die kaiserliche Regierung hat nie daran gedacht, eine Eroberung zu machen, weder durch Waffengewalt, noch auf diplomatischem Wege. Sollte Savoyen das Verlangen nach Vereinigung mit Frankreich ausdrücken (si elle voulait se donner à la France), so würde diese freie und freiwillige Entscheidung erster Erwägung werth sein. Immerhin müßte dieser Akt von den Regierungen des König von Sardinien und dem kaiserlichen Gouvernement in Ordnung gebracht werden. Wenn man es dann aber natürlich und in rechtlicher Ordnung findet, daß Modena und Parma sich mit Piemont vereinigen, wie kann man dann Einwürfe dafür haben, daß Savoyen nach frei ausgesprochenem Wunsche mit Frankreich vereinigt werde? Mag indessen die Lösung einer so wichtigen Frage sein, wie sie wolle, eine bloß materielle und zweideutige Manifestation vermag sie nicht herbeizuführen. Eine solche Lösung bedarf, sie mag ausfallen, wie sie will, eines moralischen Charakters und einer unzweifelhaften Ungezungenheit.“ (H. Z.)

[Zigaro-Maskenball in Paris.] Der „Zigaro“ veranstaltet einen großen Maskenball zu einem ganz besondern Wohlthätigkeitszweck: das Erträgniß soll nämlich dazu bestimmt werden, Schuldner, welche der Heilnahme würdig sind, aus dem Schuldengefängnisse von Glichy zu befreien. Der Inhaber eines großen Ballsaales hat zu dem Zwecke sein Lokal unentgeltlich zur Verfügung gestellt und liefert ebenso Orchester und Beleuchtung gratis. Alle lustigen Geister von Paris sollen sich bei dem Feste zusammensuchen; die ganze Theaterwelt, die weibliche namentlich, wird dabei vertreten sein. Man erzählt sich dabei ein pikantes Wort einer der lebenswürdigen Sünderinnen der Bretterwelt, einer Dame vom Ballet, wie es heißt. Als dieselbe nämlich die Einladung zu dem Balle erhielt, bemerkte sie: „Es ist eine Pflicht von uns, daß wir kommen. Wir haben so Viele nach Glichy gebracht, daß wir doch wohl etwas thun müssen, um die Unglücklichen von dort wieder zu erlösen.“

Schweiz.

Bern, 27. Jan. [Die Dappenthalfrage; das eidgenössische Freischießen; Major Latour.] In der Dappenthalfrage ist der Ständerath seinen eigenen Weg gewandelt. Er hat zwar den Beschluß des Nationalrathes angenommen, aber in der Motivirung die Stelle, wo die eventuelle Erwerbung savoyischen Gebietes in Aussicht gestellt wird, gestrichen, und zugleich die Erwartung ausgesprochen, daß der Bundesrath die Rechte der Schweiz auch ferner zu wahren wissen werde. Der Nationalrath hat heute seinen früheren Beschluß in dem Sinne modifizirt, daß er erklärte: es sei dermal kein Grund, einen definitiven Beschluß zu fassen, daher werde von der Botschaft des Bundesrathes einfach Vermerkung im Protokolle genommen. — Da die Regierung von Unterwalden dem dortigen Organisationskomité für das eidgenössische Freischießen jedes weitere Vorgehen untersagt und die Mitglieder persönlich verantwortlich erklärt hat, so beschloß der Bundesrath auf Ansuchen der dortigen Schützen, eine freundliche Intervention zu deren Gunsten einzutreten zu lassen. — Major Latour ist vom Bundesrath zum Oberstlieutenant befördert und zum außerordentlichen Gesandten in Neapel ernannt worden.

Italien.

Turin, 28. Jan. [Arese nach Paris; d'Azeglio; flüchtige Venetianer; Vermischtes.] Graf v. Cabour sieht sich genöthigt, seine Reise nach Paris aufzuschieben, aber Graf Auele geht mit einer auf Zentralitalien Bezug habenden Mission zum Kaiser. Wie man hier vernimmt, hat diese Sendung den Zweck, Napoleon III. begreiflich zu machen, daß die sardinische Regierung dem Provisorium nothgedrungen ein Ende machen müsse und entschlossen sei, es zu thun. — Massimo d'Azeglio, der die Stelle eines Gouverneurs von Mailand angenommen hat, geht in einigen Tagen auf seinen Posten. — In Brescia kommen täglich Venetianer an, die den zahlreichen Verhaftungen, welche die östreichische Regierung vornimmt, entwichen. Die vielen Amnestirten Venedigs flüchten sich nach Mailand, da sie sehr wohl wissen, welches Schicksal ihnen bevorsteht. Die Agitation in Venetien ist eine sehr große. — General Garibaldi's Vermählung mit Franlein Josephine Raimondi, welche in Folge einer Krankheit der Braut aufgeschoben werden mußte, ist vergangenen Dienstag in Como vollzogen worden. — Der Gouverneur der Provinzen der Emilia

hat einen Ausschuss mit der Zusammenstellung eines bürgerlichen Gesetzbuches beauftragt; Herr Prisanelli, einer der besten Rechtsgelehrten Italiens, befindet sich unter den Mitgliedern. Hr. Cassini, der neue Siegelbewahrer, hat seinerseits zwei Kommissare ernannt, um im Einvernehmen mit der emilianischen Kommission legislative Reformen vorzuschlagen. — Aus Livorno wird gemeldet, daß Ricafoli am 25. Jan. bei Ueberreichung der Fahnen an die Nationalgarde eine lange Rede gehalten und u. A. gesagt hat, es sei eben so viel Klugheit wie Muth vonnöthen, um die eroberte Unabhängigkeit zu benutzen. „Noch bleibt viel zu thun übrig!“ setzte er hinzu. Die Einverleibung der mittelitalienischen Provinzen in Piemont ist nothwendig, um für die italienische Nationalität, deren Vertbeidigung gemeinschaftliche Pflicht ist, Bürgschaft leisten zu können. (H. Z.)

Rom, 23. Jan. [Demonstrationen.] Seit einer Woche ist die Aufregung so im Wachsen, daß jeder nächste Augenblick mit Erzeissen droht. Im Theater Metastasio kamen an drei Abenden lärmende Demonstrationen vor, welche die dabei gegenwärtigen Polizisten und Gendarmen nicht zu verhindern den Muth hatten. Man spielte da die Opera buffa „Chi dura, vince.“ (Wer ausharrt, gewinnt). Im Verlauf der Aktion brach unter dem Publikum ein endloses Pfeifen, Zischen und Hohnlachen aus, während das Duett gesungen wurde: O povero Giovanni, Che mai di te sarà! und O povero Gennaro, Che mai di te sarà! (Deutsch etwa: Armer Johann auf Erden, Was soll aus Dir noch werden!) Der Papst heist bekanntlich Giovanni Mastai und Gennaro (Januaris) deutet auf den König von Neapel. Als aber auch ein Spieler in östreichischer Generalsuniform auf der Bühne erschien, da rissen alle Hände der Rücksicht und alles schrie: Via! Via! (Fort! Fort!) Noch Schlimmeres ereignete sich gestern Abend (wie wir gestern schon kurz angedeutet). Die liberale Partei, welche mit den Franzosenfreunden identisch ist, wollte einigen Nobili wegen ihrer Gebenheitsadresse an den Papst mit einer Segendemonstration beweisen, daß sie auch noch da sei. Bei Einbruch der Nacht wimmelte der Corso von Menschen, theils Demonstranten, theils Neugierigen, welche unter unaufhörlichen Hochrufen auf Victor Emanuel und Napoleon die Stadt nach allen Richtungen durchzogen; hier und da hörte man auch: Es lebe die Republik! Im Teatro Apollo erwartete den Generaldirektor der Polizei, Mateucci, einen Prälaten, eine Ragenmusik. Doch er wurde noch bei Zeiten davon benachrichtigt und erschien nicht, was diesmal allerdings am klügsten war. Gar manches um uns her deutet auf den Ausbruch eines nahen Sturms, wenn die sich und ihre Sache allzu sicher wahnende Partei der Regierung sich nicht zurückhält, der Welt vorzugaukeln, daß die ganze Bevölkerung des Kirchenstaates gut päpstlich gestimmt sei. (H. Z.)

[Encyclica des Papstes.] Dieses vom „Univers“ zuerst veröffentlichte, an die katholische Welt gerichtete Aftenstück lautet in möglichst getreuer Uebersetzung des lateinischen Originals, wie folgt:

An die ehrwürdigen Brüder Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe, Bischöfe und übrigen mit dem Apostolischen Stuhle in Enade und Gemeinschaft stehenden Ortsordinarien

Papst Pius IX.

Ehrwürdige Brüder! Gruß und Apostolischen Segen. Wir können es wahrlich durch Worte nicht ausdrücken, ehrwürdige Brüder, welche süßen Trost und große Freude inmitten der so überaus großen Trübsale, von welchen Wir betroffen sind, Eure und der Eurer Obhut anvertrauten Gläubigen ausgezeichnete und bewundernswürthe Treue, kindliche Ergebenheit und Hochachtung gegen Uns und diesen Apostolischen Stuhl, wie auch in der That treffliche Uebereinstimmung, Freudigkeit, Eifer und Beharrlichkeit in der Wahrung der Rechte eines dieses heiligen Stuhles und in der Vertheidigung der Sache der Gerechtigkeit Uns bereitet haben. Kaum hatten Ihr ja durch Unsere am 18. Juni v. J. an Euch erlassene Encyclica und darauf durch Unsere beiden Konsistorial-Allokutionen mit dem tiefsten Seelenbeschmerz von den schrecklichen Schäden und Nachtheilen Kenntniß erhalten, welche die geistlichen und weltlichen Angelegenheiten in Italien getroffen, und kaum hatten Ihr von den studwürdigen aufrührerischen Bewegungen und Angriffen wider die rechtmäßigen Fürsten Italiens und wider Unsere und dieses heiligen Stuhles heiligen und rechtmäßigen Prinzipat gehört, da beeilte Ihr Euch mit allem Eifer, in sofortigem Gehorsam gegen Unsere Wünsche und Sorgen, ohne irgend welche Zögerung, in Euren Diözesen öffentliche Gebete anzuordnen. Nicht allein in Euren eben so höchst ergebener als höchst liebevollen Schreiben an Uns, sondern auch in Euren Hirtenbriefen und anderen durch Euch veröffentlichten religiösen und gelehrten Schriften erbobet Ihr zum vorzüglichsten Ruhme Eures Ranges und Namens Eure oberhirtliche Stimme, vertheidiget mannhaft die Sache unserer heiligsten Religion und der Gerechtigkeit und sprachet mit Entschiedenheit das Verdammungsurtheil über die gegen den weltlichen Prinzipat der Römischen Kirche verübten satirischen Frevelthaten aus. Und indem Ihr eben diesen Prinzipat standhaft vertheidiget, erachtetet Ihr es für Ruhm, zu bekennen und zu lehren, daß derselbe durch besonderen Rathschluß der göttlichen Fürsicht, welche Alles leitet und ordnet, den Römischen Oberhirten verliehen worden ist, damit er, seiner weltlichen Macht niemals unterworfen, das höchste Amt des Apostolischen Dienstes, welches Christus, der Herr, selbst ihm nach göttlicher Anordnung anvertraut hat, mit der vollsten Freiheit und ohne die geringste Behinderung über den ganzen Erdkreis verwalte. Zugleich mit Euch haben die Uns so theueren Söhne der katholischen Kirche, mit Euren Lehren gefränkt und durch Euer herrliches Beispiel gemahnt, den lebendigsten Wetteifer gezeigt und zeigen denselben immerfort, gleiche Gesinnungen gegen Uns an den Tag zu legen. Wir haben nämlich aus allen Gegenden des ganzen katholischen Erdkreises fast unzählige Zuschriften sowohl von Geistlichen, als auch von Laien jeglicher Würde, jeglicher Stellung, jeden Ranges und Standes empfangen, von Hunderttausenden Katholiken, mit ihren Namensunterschriften bedeckt, worin sie ihre kindliche Ergebenheit und Verehrung gegen Uns und den heiligen Stuhl Petri aufs Glanzvollste bezeugen, die Empörung und die Angriffe, welche in einigen Unsrer Provinzen stattgefunden haben, mit aller Kraft verabscheuen, und die Forderung aussprechen, daß das Erbgut (patrimonium) des h. Petrus ganz und gar unverehrt und unverletzt bewahrt und gegen jegliche ungerechte Antastung vertheidigt werden müsse; nicht wenige unter denselben haben außerdem dies in besonderen Schriften mit Gelehrsamkeit und Gehalt als recht und wahr erachtet. Diese Eure und der Gläubigen ausgezeichneten Kundgebungen, gewiß jeder Lobpreisung und Anerkennung würdig, und werth, mit goldenen Schriftzügen den Jahrbüchern der katholischen Kirche einverleibt zu werden, haben auf Uns einen solchen Eindruck gemacht, daß Wir nicht haben umhin können, voll heiliger Freude auszurufen: „Begrüßet sei Gott und der Vater unsers Herrn Jesu Christi, der Vater der Erbarmungen und der Gott alles Trostes, der Uns tröstet in aller Unserer Trübsal!“ Denn Nichts konnte Uns bei den so fürchtbaren Widerwärtigkeiten, welche Wir zu ertragen haben, angenehmer sein, Nichts süßer und Nichts erwünschter, als zu sehen, wie Ihr, ehrwürdige Brüder, Alle von dem nämlichen, durchaus entrücktlichen und bewundernswürthen Eifer für die Vertheidigung der Rechte dieses heiligen Stuhles befeuert und entbrannt seid, und wie die Eurer Hirtenorgane übergebenen Gläubigen mit Euch dieselbe herrliche Gesinnung theilen. Und Ihr könnt nun Selbst gar leicht Euch vorstellen, wie sehr Unser väterliches Wohlwollen gegen Euch und auch gegen die katholischen Gläubigen mit allem Rechte von Tag zu Tag sich mehret.

Während aber Eure und der Gläubigen bewundernswürdige Bemühung und Liebe zu Uns und diesem heiligen Stuhl Unsren Schmerz linderte, kam anderswoher ein neuer Anlaß zur Betrübniß. Daher schreiben wir Euch diesen Brief, damit in einer Sache von so großer Wichtigkeit Unsre eigentliche Gesinnung Euch vor Allen aufs Neue durchaus bekannt werde. Neulich ist, wie Mehrere von Euch schon wissen, durch ein Pariser Blatt, „Monteur“ genannt, ein Brief des Kaisers der Franzosen veröffentlicht worden, eine Antwort auf Unsren Brief, in welchem Wir Seine kaiserliche Majestät inständigst gebeten

hatten, mit seinem mächtigen Schutze auf dem Pariser Kongress Unse und dieses heiligen Stuhles weltliche Herrschaft unverfehrt und unverletzt zu wahren und von der ruchlosen Rebellion zu retten. In diesem seinem Antwortschreiben kommt der erlauchte Kaiser auf einen Uns wenige Zeit früher in Betreff der gegen Unse päpstliche Herrschaft aufständischen Provinzen ertheilten Rath zurück und empfiehlt Uns, auf den Besitz eben jener Provinzen zu verzichten, da ihm scheint, daß nur auf diese Weise dem gegenwärtigen Zustande der Verwirrung abgeholfen werden könne.

Zeder von Euch, ehrwürdige Brüder, begreift sehr wohl, daß Wir, Unsern äuserst wichtigen Amtes eingedenk, nicht haben schweigen können, als Wir einen Brief dieser Art empfangen. Unverzüglich bereiteten Wir Uns, eben demselben Kaiser zurückzuschreiben und ihm mit der apostolischen Freiheit Unseres Geistes klar und offen zu erklären, daß Wir in durchaus gar keiner Weise seiner Rache beistimmen können, und zwar deshalb, weil, er unüberwindliche Schwierigkeiten zeige in Unse und des heiligen Stuhles Würde, auf Unsern heiligen Charakter und eben dieses Stuhles Rechte, welche nicht einer königlichen Familie in Erbfolge, sondern allen Katholiken gehören. Zugleich haben Wir ausdrücklich beklundet, daß, Nichts von Uns abgetreten werden könne, was nicht Unse sei, und daß Wir vollständig begriffen, wie der Sieg, der den Hochverrathern der Emilia zugestanden werden sollte, die einheimischen und auswärtigen Aufwührer der anderen Provinzen zu denselben Thaten stacheln werde, wenn sie den glücklichen Ausgang erblickten, welcher den Rebellen zu Theil wird. Und u. A. haben Wir eben demselben Kaiser kundgethan, daß, Wir auf die erwähnten Provinzen Unser päpstlichen Herrschaft in der Emilia nicht verzichten können, ohne die heiligen Gide, an die Wir gebunden sind, zu verletzen, ohne Beschwerden und Unruhen in Unsern übrigen Provinzen zu veranlassen, ohne allen Katholiken eine Verleumdung zuzufügen, ohne endlich die Rechte zu kränken, nicht nur der Fürsten Italiens, welche ihrer Herrschergehalt ungerechterweise beraubt worden, sondern auch der Fürsten der ganzen christlichen Welt, welche die Einführung der verderbtesten Grundgesetze nicht theilnahmlos mit ansehen können. Auch haben Wir nicht unterlassen zu bemerken, daß, Seine Majestät sehr wohl wisse, durch welche Menichen und mit welchen Geld- und Hülfsmitteln die jüngsten Aufstandsvorwürfe in Bologna, Ravenna und anderen Städten angefaßt und ausgeführt worden sind, während der bei Weitem größte Theil der Bevölkerung von jenen Bewegungen, die er nicht im Mindesten erwartet hatte, wie vom Donner gerührt blieb und sich in keiner Weise geneigt zeigte, jenen Aufwührern zu folgen. Und da ja der erhabene Kaiser behauptete, daß jene Provinzen von Uns abgetreten werden müßten wegen der dort zu wiederholten Malen erregten Aufstandsbewegungen, haben Wir ihm sehr passend geantwortet, daß ein Grund dieser Art, gerade weil er zu viel beweise, keinen Werth habe, weil ja ähnliche Bewegungen sowohl in den Ländern Europas, als anderswo sehr häufig vorgekommen sind, und Jeder sieht, daß ein rechtlicher Grund für die Bescheidung der Herrschgebiete daraus nicht hergeleitet werden kann. Und nicht verümt haben Wir, demselben Kaiser vorzubehalten, wie ganz verschieden von diesem seinem letzten Schreiben sein erster an Uns vor dem italienischen Kriege gerichteter Brief gewesen ist, der Uns damals Trost, nicht Betrübniß bereite.

Da Wir aber aus gewissen Worten des kaiserlichen, in genannter Zeitung veröffentlichten Briefes fürchten zu müssen glauben, daß Unse vorbestimmten Provinzen in der Emilia schon als von Unser päpstlichen Herrschaft losgerissen betrachtet werden möchten, so haben Wir Se. Majestät im Namen der Kirche gebeten, im Hinblick auf Sr. Majestät selbst eignes Wohl und eignen Vortheil, diese Unse Furcht gänzlich zu entkräften. Und mit jener väterlichen Liebe, mit welcher Wir das ewige Heil Aller im Auge behalten müssen, haben Wir den Kaiser daran erinnert, daß Alle vor dem Richterstuhle Christi derselben strengen Rechenschaft abzulegen und den strengsten Richterpruch zu gewärtigen haben, und deshalb Jeder eifrig sich bemühen müsse, lieber der Barmherzigkeit als der Gerechtigkeit theilhaftig zu werden.

Dies besonders haben Wir unter Andern dem Kaiser der Franzosen geantwortet, und haben es Euch, ehrwürdige Brüder, mittheilen zu müssen geglaubt, damit Ihr vor Allen und die ganze katholische Welt mehr und mehr erkennen, daß Wir unter Gottes Beistand alle Pflichten Unserer hochwichtigen Würde furchtlos zu erfüllen suchen und nichts unversucht lassen, um die Sache der Religion und der Gerechtigkeit tapfer zu vertheidigen und die weltliche Herrschaft der katholischen Kirche und deren zeitliche Besitzungen und Rechte, die sich auf die ganze katholische Welt beziehen, vollständig und unverfehrt beständig zu schützen und zu erhalten, und auch für die gerechte Sache anderer Fürsten sorgen. Und Uns stügend auf die göttliche Hilfe dessen, der gesagt hat: „In der Welt werdet Ihr bedrängt haben, aber vertrauet, Ich habe die Welt überwunden“ (Joh. XVI. 33), und „Selig sind, die Verfolgung leiden um der Gerechtigkeit willen“ (Matth. V. 10), sind Wir bereit, den ruhmvollen Pfaden Unserer Vorgänger zu folgen, ihrem Beispiele nachzuweisen und alles Herbe und Bittere zu erdulden, und selbst lieber Unse Leben zu lassen, ehe Wir die Sache Gottes, der Kirche und der Gerechtigkeit irgendwie verlassen. Aber Ihr könnt Euch leicht vorstellen, Ehrwürdige Brüder, schon wie bitterer Schmerz Wir durchdrungen werden, wenn Wir sehen, wie durch den abscheulichsten Krieg unse heiligste Religion zum größten Schaden der Seelen beunruhigt und von welchen bestigen Stürmen die Kirche und dieser heilige Stuhl heimgesucht wird. Und Ihr seht auch leicht, wie heftig Wir Uns beängstigen, da Wir wohl wissen, wie groß die Gefahr der Seelen in Unsern aufgereizten Provinzen ist, wo besonders durch verpestete, unter das Volk verbreitete Schriften Frömmigkeit, Religion, Treue und Ehrbarkeit der Sitten täglich auf das Ärgste erschüttert werden. Ihr aber, ehrwürdige Brüder, die Ihr zur Theilnahme an Unsern Sorgen herufen seid, und die Ihr mit solcher Treue, Standhaftigkeit und Hochherzigkeit für die Vertheidigung der Sache der Religion, der Kirche und dieses Apostolischen Sitzes entflammt seid, fahrt fort, mit großem Muth und Eifer dieses Sache zu vertheidigen, und entzündet die Eurer Fürsorge anvertrauten Gläubigen täglich mehr, damit unter Eurer Leitung ihre Aufregungen, Bemühungen und Rathschläge bei der Vertheidigung der katholischen Kirche und dieses heiligen Stuhls, in der Vertheidigung der weltlichen Herrschaft desselben Stuhls und des Patrimoniums des h. Petrus, dessen Schutz Sache aller Katholiken ist, sie aufzuwenden niemals müde werden. Und das namentlich ermahnen Wir Euch wieder und immer wieder, ehrwürdige Brüder, in Gemeinschaft mit Uns inbrünstige Gebete mit den Eurer Seelsorge anvertrauten Gläubigen zum allmächtigen Gott emporzuschicken, daß er den Binden und dem Meere gebiete und mit seiner nächsten Hilfe zu Uns stehe, zu seiner Kirche stehe, daß er sich erhebe und sein Urtheil spreche und daß er mit seiner himmlischen Gnade alle Feinde der Kirche und dieses Apostolischen Stuhles gnädig erleuchte und durch seine allmächtige Kraft auf die Pfade der Wahrheit, der Gerechtigkeit und des Heils zurückzuführen möge. Und damit Gott desto leichter auf Unse, Euer und aller Gläubigen Gebete höre, wollen Wir vornehmlich, ehrwürdige Brüder, die Fürbitten der unbesleckten und heiligsten Mutter Gottes Jungfrau Maria anrufen, welche Unse Aller liebste Mutter und treueste Hoffnung, der Kirche gegenwärtiger Schutz und Stütze ist und deren Fürsprache bei Gott am kräftigsten wirkt. Rufen wir dann auch die Fürbitten an des selbigen Apostels Petrus, den Christus der Herr zum Rechten seiner Kirche einsetzte, welche die Pforten der Hölle niemals überwältigen können; sodann auch die seines Mitapostels Paulus und aller himmlischen Heiligen, die mit Christus in den Himmeln herrschen. Wir zweifeln gar nicht, ehrwürdige Brüder, daß Ihr, bei Eurer ausgezeichneten Gewissenhaftigkeit und bei dem priesterlichen Eifer, durch welchen Ihr sehr hervorragt, diesen Unsern Wünschen und Forderungen angelegenlichst werdet nachkommen wollen. Inzwischen aber ertheilen Wir aufs Liebewollste als Unterpfand Unserer innigsten Liebe zu Euch Unfern aus dem innersten Herzen kommenden und mit dem Wunsche aller wahren Glückseligkeit verbunden Apostolischen Segen, Euch selbst, ehrwürdige Brüder, und allen Geistlichen und gläubigen Laien, welche der Sorge irgend eines von Euch anvertraut sind.

Gegeben zu Rom, an der Kirche des h. Petrus, 19. Januar 1860, im vierzehnten Jahre Unserer Pontifikats.

— [Kardinal Ferretti; ein Gemälde für den König von Preußen.] Kardinal Ferretti, ein naher Verwandter des Papstes und Großpöntentiar der katholischen Kirche, ist bedenklich krank. — Als die preußischen Majestäten im Mai vorigen Jahres Rom verließen, trug der König dem Maler Wieder auf, ihm jene Büste auf die Leinwand zu bringen, welche in der Osterwoche so viele Fremde nach der Peterskirche zieht. Der Kardinal Großpöntentiar sitzt da mit außerordentlicher Vollmacht versehen zur Reichte und ertheilt auch großen Verbrechern in gewissen Fällen die Absolution. Kardinal Ferretti hörte von dem Auftrage und entschloß sich sofort, dem Maler als Modell zu sitzen, damit die Ausführung des Bildes in allen Theilen der Wahrheit getreu werde. Diese Freundlichkeit wurde in Berlin hoch aufgenommen. Das Bild, welches den Großpöntentiar mit einem von dem Druck des Gewissens durch die Absolution befreiten und zu neuem Leben

ermuthigten Räuber darstellt, ward vor Kurzem vollendet und ist auf dem Wege nach Berlin. (R. 3.)

Rom, 26. Jan. [Manifestationen.] Ueber die schon erwähnten Vorgänge am 22. d. bringt die „Independance“ folgende Auffassung: Am 22. hat eine große politische Kundgebung stattgefunden, um gegen die Adelsadresse Protest einzulegen. Eine ungeheure Menschenmenge versammelte sich auf dem Plage Colonna, wo sie den Ruf erhob: „Es lebe Napoleon! Es lebe Frankreich! Es lebe Victor Emanuel! Nieder mit Antonelli! Nieder mit der Priesterregierung!“ General Goyon hat einen Tagesbefehl erlassen, worin er erklärt, er habe den Auftrag, Ruhe zu erhalten, und werde nöthigenfalls jede neue Kundgebung unterdrücken. Die Bevölkerung klagt über Theuerung der Lebensmittel, und die Gährung dauert fort. In den Marken, in Macerata und Ancona ist die Aufregung minder lebhaft, doch wurde das Theater in Ancona auf Befehl der Behörden geschlossen.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 10. Jan. [Spaltung zwischen Norwegen und Schweden.] Eine große Majorität des Storting beharrt in dem Beschlusse der Unabhängigkeit und vollständigen Trennung aller administrativen, militärischen, finanziellen und politischen Angelegenheiten, welche seit 1815 zwischen den beiden skandinavischen Königreichen gemeinschaftlich gewesen sind. Diese Ideen sind in allen Klassen der Bevölkerung Norwegens so verbreitet, daß deren Verwirklichung in einer nicht fernen Zeit mit Gewißheit vorherzusehen ist. Es wird sogar von Seiten der schwedischen Regierung viel Klugheit nothwendig sein, wenn die Bande der persönlichen Dynastie erhalten bleiben sollen. Der Wunsch, sich selbst zu beherrschen, ohne irgend eine Einmischung Schwedens zu erlauben, ist in Norwegen so allgemein, daß der Storting entschlossen ist, alle Geldopfer zu bewilligen, welche die Situation erfordern mag. Es ist hier sogar ernstlich die Rede davon, eine Deputation nach Paris zu senden, wenn der Kongress doch noch zu Stande kommen sollte, um dessen Einschreiten zu Gunsten der Rechte der norwegischen Nationalität zu verlangen. (E. 3.)

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 1. Februar. Im Herrenhause zeigt der Präsident den Tod des Grafen Fürstenberg-Stammheim an und scheidet zur Vereidigung des Grafen Gögen. Der Antrag des Hrn. v. Senft-Pilsach, betreffend die Befreiung der Landgemeinden vor Erhebung der Einzugs- und Hausstandssteuer, wird einer besonderen Kommission überwiesen. Die Tagesordnung wird durch Annahme des ganzen Gesetzes betreffend das eheliche Güterrecht in Westfalen nach dem Kommissionsantrage (§. 1 mit dem Amendement des Hr. v. Westphalen), also auch mit der Eingangsformel erledigt. Nächste Sitzung Freitag 10. Februar.

Haus der Abgeordneten.

Der Gesetzesentwurf, betr. die Verbindlichkeit zur Anwendung gestempelter Alkoholometer verordnet: §. 1. Bei dem Verkaufe weingeistiger Flüssigkeiten von einer vorbedingten Stärke dürfen die Ueberlieferung im Inlande stattfinden, zur Ermittlung des Alkoholgehaltes nur die mit dem Stempel einer inländischen Mischungsbehörde versehenen Alkoholometer und Thermometer angewendet werden. Die Bestimmungen im Schlußsatze des §. 31 der Maas- und Gewichtordnung für die preussischen Staaten vom 16. Mai 1816 ist aufgehoben. — §. 2. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten stellt die Bedingungen fest, unter welchen die in §. 1 erwähnten Instrumente zur Mischungs- und Stempelung zugelassen sind, und schreibt das Verfahren bei Anwendung dieser Instrumente, insbesondere die hierbei erforderliche Reduktionstabellen vor. — §. 3. Die Uebertretung der Vorschriften im §. 1 oder die Benutzung anderer, als der auf Grund des §. 2 vorgezeichneten Reduktionstabellen, wird mit der im §. 348 des Strafgesetzbuchs angedrohten Strafe geahndet. Die gleiche Strafe trifft diejenigen Gewerbetreibenden, bei welchen eine zum Gebrauche in ihrem Gewerbe geeignete, der Vorschrift im §. 2 nicht entsprechende Reduktionstabelle, oder ein mit dem Stempel eines inländischen Mischungsamtes nicht versehenes Alkoholometer vorgefunden wird. In diesem Falle ist die Konfiskation der Tabelle, beziehungsweise des Alkoholometers im Urtheile auszusprechen. — §. 4. Die vorstehenden Bestimmungen treten für den Umfang der Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, mit dem 1. Jannar 1861 in Kraft.

Die Motive heben hervor, daß dem Publikum bisher die beliebige Wahl unter den zur Bestimmung des Alkoholgehaltes weingeistiger Flüssigkeiten dienenden Instrumenten überlassen gewesen, und waren von diesen im Wesentlichen nur zwei Arten im Gebrauch, nämlich 1) die gestempelten, nach den Normal-Alkoholometern verfertigten Taalsschen, und 2) die von dem Mechanikus Greiner umgeänderten Richterschen Alkoholometer. Die ersten haben mit Anwendung der für den praktischen Gebrauch bearbeiteten und amtlich anerkannten Tabellen den Vortheil größerer Genauigkeit, die zweiten den einer größeren Bequemlichkeit der Handhabung, aber die letzteren konnten, obgleich sie im Handelsverkehr häufig zur Anwendung kamen, eben ihrer sonstigen Unrichtigkeit halber zur Mischungs- und Stempelung nicht zugelassen werden. Die Motive heben nun hervor, daß in Folge der Ungenauigkeit und mangelnden Uebereinstimmung vielfache Klagen laut geworden, und daß die Regierung in Rücksicht auf die große Bedeutung, welche der Spiritusbandel in Preußen gewonnen hat, der Frage eine eingehende Erwägung nicht verjagen durfte. Die eingeforderten Gutachten lauteten indessen sehr verschieden. Von den k. Regierungen sprach sich zwar die überwiegende Mehrzahl dafür aus, daß die Anwendung des Taalsschen Alkoholometers zur Zwangsverpflichtung erklärt werde, die Handelskammern und kaufmännischen Korporationen dagegen waren in ihren Meinungen fast gleichgeheilt. Die Staatsregierung mußte nach reiflicher Erwägung der Gründe für und wider sich für diejenige Ansicht entscheiden, aus welcher der Antrag, daß die Anwendung gestempelter Alkoholometer zur Zwangsverpflichtung erklärt werden möge, hervorgegangen ist.

— [Petitionen.] Die meisten Petitionen in den beiden aus dem Abgeordnetenhaus jetzt vorliegenden Petitionsberichten betreffen lediglich persönliche Angelegenheiten; nur einige verühren ein allgemeines Interesse; es genügt, die folgenden hervorzuheben. Ein Ackerwirth Hoberg zu Balldorf (Kreis Verfort) ist im Jahre 1854 von dem dortigen Pastor nicht als Pathe zugelassen, weil er während des Gottesdienstes gelacht hatte; als er trotzdem bei der Taufe mit vortrat, bat ihn der Pastor vom Altare aus in großer Aufregung aus der Kirche gewiesen. In Jurisprudenzprozeß hat wegen Abschneidung des Rechteweges unterbleiben müssen. Im Sommer 1855 ist dem Hoberg mündlich vom Pfarrer angezeigt, er sei durch einen schriftlichen Beschluß des Presbyteriums vom Gebrauche des Abendmahls und vom dem Rechte des Dathestandes ausgeschlossen. Eine Ausfertigung dieses Beschlusses ist ihm verweigert. Berufungen an höhere Instanzen, von der Kreisynode bis zum Prinz-Regenten aufwärts, mit der Bitte um Zulassung zu den Sakramenten und um Disziplinaruntersuchung gegen den Pastor, sind erfolglos geblieben. Petent bittet, daß Haus der Abgeordneten solle die erforderlichen Untersuchungen veranlassen und seine Zulassung zu den Sakramenten herbeiführen. Aus den Akten erhellt sowohl die Richtigkeit dieser Angaben im Wesentlichen, als das große Aufsehen, welches die Sache in der betreffenden Gegend gemacht hat. Das Lachen des Petenten während des Gottesdienstes ist nicht erwiesen; allerdings wird in der Kirche des Pastors gelacht, weil derselbe die Einsetzungsworte des Abendmahls und den Segen abging. Auch ist eiblich bezeugt, daß der Pastor den Hoberg durch einen Presbyter gewalttham hat entfernen lassen wollen. Diese Streitigkeiten umfassen einen Zeitraum von 5 Jahren; ein ernstlicher Versuch, dieselben durch Befähigung der Gemüther im Geist christlicher Liebe und mit herzlichem Zuspruch zu beilegen, ist, wie es scheint, nur einmal gemacht; es ist aber gewiß, sagt die Petitionskommission, „daß diese und ähnliche Vorgänge den Frieden der Gemeinde ernstlich gestört haben“; eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Personen hält sich theils von der Kirche und der Feier der Sakramente fern, theils dringt sie auf die Verlegung des Pfarrers. Trogedem ist das Haus der Abgeordneten nicht im Stande, etwas zu thun, weil Art. XV. der Ver-

fassungsurkunde die Selbstständigkeit der Kirche auspricht, und die Petitionskommission beantragt daher Tagesordnung. — Bei verschiedenen Petitionen in Bezug auf die KonzeSSION zur Schanawirtschaft trifft die Petitionskommission ihre Entscheidung je nach der Bedürfnisfrage. Bei einer spielt ein politisches Motiv hinein. Landrath v. d. Horst im Kreise Lübeck hat einem Gastwirth die seit 32 Jahren ununterbrochen innegehabte KonzeSSION entzogen, worzu sich der Petition zufolge, kein anderer Grund denken läßt, als daß der Landrath gegen alle diejenigen eingenommen ist, welche einer Wiederwahl derselben zum Abgeordneten entgegenwirken haben, und zu diesen gehört auch der Sohn des Petenten als Wahlmann. Petent bittet um Unterstutzung und Befürwortung der Wiederertheilung der KonzeSSION; derselbe hat aber den Instanzenzug nicht einmal betreten; die Kommission empfiehlt daher Tagesordnung. — Herr v. Voleski petitionirt wieder gegen den Handelsminister um Ertrag für 40,000 Thaler Verluste an Eichenabholungen; die Kommission empfiehlt „selbstredend“ Tagesordnung. — Lehrer Wandler in Hirschberg beschwert sich und bittet um Schadenersatz wegen verschiedener Druckschriften (Katechismus für alle freien Religionsgemeinden u. s. w. von H. Dentmann) und einer geschriebenen Fieberkrankung, die ihm bei einer Hausfuchung im Mai 1853 fortgenommen sind, einer Hausfuchung, zu der, nach Aussage des Regierungs-Kommissars, damals von dem Polizeipräsidenten in Berlin der Auftrag ertheilt ist. Die Druckschrift war bereits 1852 von dem Stadtgerichte in Königsberg in Preußen rechtskräftig zur Vernichtung verurtheilt, und die zweiundsechzig Exemplare, welche bei Wandler vorgefunden wurden, sind diesem Gerichte zugeführt und auf den Antrag der Staatsanwaltschaft durch das Polizeipräsidenten dort vernichtet worden. Die Wiederanlieferung (Abschriften von Zeitgedichten religiösen und politischen Inhalts) ist gar nicht mehr aufzufinden; nach Angabe des Petenten hat sie einen Werth von über 200 Thln. Die Angelegenheit ist vielfach vor den Gerichten gewesen, und es ist sehr zweifelhaft, ob jemand, event. wer regreppflichtig ist. Die Kommission empfiehlt Tagesordnung. Ebenso über eine dritte Petition desselben Petenten wegen Aufhebung der Verordnung vom 11. Mai 1842, welche den Beamten gestatte, ungestraft Gesetze zu übertreten, und wegen Aufhebung des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, oder doch mindestens Beschränkung desselben auf ein gesundes Maaß. Die Petitionskommission kann aus dem vorliegenden Falle keine Veranlassung nehmen, die bereits im Laufe der vorjährigen Sitzungsperiode der Staatsregierung nahe gelegte Frage, ob die Grenzen zwischen Justiz und Verwaltung anders zu bestimmen seien, und welche Stellung der Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte dazu einzunehmen habe, von Neuem zur Erörterung zu bringen. Soweit der Rechtsweg noch von Bedeutung war, ist er dem Petenten offen geblieben, und nirgends ist dargehan, daß der betreffende Landrathsamtsverweser, Freiherr v. Zeltz, sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht habe. — Die Justizkommission empfiehlt (wie schon gemeldet) überall Tagesordnung bei den ihr zugewiesenen Petitionen. — Der Eient. a. D. und Redakteur Held in Berlin beschwert sich über die Verweigerung der KonzeSSION zur Vermittelung von Geschäften und Uebernahme von Aufträgen, so wie zur Abfassung schriftlicher Aufsätze für Andere in Gemäßheit des §. 49 der Gewerbeordnung. — Der Oberlehrer und Wahlmann Dr. Heidemann zu Neu-Stettin beschwert sich über eine Verfügung des Unterrichtsministers vom 7. April 1859, betr. die den Provinzial-Schulkollegien zustehende Disziplinargewalt, und bittet, dahin zu wirken, daß dieselbe als den Landesbesetzen nicht entsprechend, zurückgenommen werde. — Der Magistrat und die Stadtverordneten zu Sagan beantragen die Ausarbeitung einer neuen Stola-Verordnung, in welcher die Interessen der Geistlichkeit und die der Kirchengemeindeglieder gleichmäßige Berücksichtigung findet. — Der Lehrer Kroll in Hylitz, Kreis Heidenburg, beschwert sich über die Verweigerung des KonzeSSION zur Einsegnung einer zweiten Ehe, nachdem er mit seiner Frau aus erster Ehe gerichtlich geschieden worden.

— Nach einem so eben im Druck erschienenen Verzeichniß der bei dem Hause der Abgeordneten eingegangenen Petitionen sind den verschiedenen Kommissionen überwiesen worden: 48 Petitionen der Petitionskommission, 12 der Kommission für Agrarverhältnisse, 14 der Kommission für Handel und Gewerbe, 15 der Kommission für Justizangelegenheiten, 16 der Kommission für das Gemeinwesen, 15 der Kommission für Finanzen und Zölle, 19 der Kommission für das Unterrichtswesen, 10 der Kommission zur Verabreichung des Staatshaushaltsetats, 2 der Kommission zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfes, betr. die Aufhebung der Beschränkung des vertragsmäßigen Zinsfußes, und 1 Petition der Kommission zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfes, die Berg- und Hüttenarbeiter betreffend, in Summa 162 Petitionen.

Lokales und Provinzielles.

Rosen, 2. Februar. [Eine Auszeichnung.] So eben geht uns aus guter Quelle eine Nachricht zu, welche in den Kreisen unserer Leser zweifelsohne mit großem Interesse vernommen werden wird. Die theologische Fakultät der Universität zu Breslau hat nämlich den Generalsuperintendenten unserer Provinz, C. r. an z, zum Doktor der Theologie honoris causa ernannt.

Posen, 2. Februar. [Nationaldanke.] Se. K. H. der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen hat in Höchsteiner Eigenschaft als stellvertretender Protektor der Allgemeinen Landesstiftung als Nationalmitgliedern der Stiftung zu ernennen und die Patente für dieselben d. d. Berlin, den 19. Januar 1860 Höchsteigenständig zu vollziehen geruht: Reg. Bez. Komm. Posen. Kreis-Komm. Wreschen. Zu Ehrenmitgliedern: den Apotheker Runtner zu Zerkow, den Gutspächter Rappmund zu Zulkow, den Rittergutsbes. Schulz zu Strzalkowo, den k. Kreisf. Schendel zu Wreschen.

V. Posen, 2. Februar. [Eine interessante Kriminalverhandlung] fand am 31. v. M. vor der Kriminaldeputation des hiesigen k. Kreisgerichts statt. Der Angeklagte war der Sohn des Lehrers Ziemann aus Neuteich bei Danzig, 20 Jahre alt, jüdischer Religion, bisher unbescholten, und die Anklage auf Grund der §§. 53, 56, 102, 225, 227, 241, 242 des Str. G. B. erhoben wegen Verläumdung des Polizei-Präsidenten zu Berlin, Annahme eines ihm nicht zukommenden Namens, Betrug und Unterschlagung. — Der Thatbestand ist in der Kürze folgender: Im Laufe des vorigen Jahres hielt sich der Angeklagte, der übrigens nur die Gymnasial-Lertia besucht, in Berlin auf, um Vorlesungen an der dortigen Universität zu hören. Einem Professor der Letzteren erzählte er: Er habe sich in einer Konditorei befunden, sich lebhaft an dem dort über die Judenfrage geführten Gespräche theilhaftig, hierbei die Reskripte des Justizministers, wonach die Juden auch zu Richterämtern zuzulassen, vertheidigt und schließlich von einem Herrn eine mit dem Namen „Kempff“ versehene Karte erhalten. Am nächsten Tage hätten sich Polizeibeamte in seiner Wohnung mit einer binnen 24 Stunden zu befolgenden Ausweisungsbefehle eingefunden. Nur gegen Verpfändung seines Ehrenwortes habe ihn der Polizeipräsident auf freiem Fuß gelassen. Diese Geschichte hat der Angekl. auch mehreren seiner Bekannten erzählt und in Folge dessen wurde von der „Volkszeitung“ und dem „Publizisten“ der Vorfall zur Kenntniß des Publikums gebracht. Angeklagter, welchem übrigens ein sehr vortheilhaftes Aeußere zur Seite steht und der sich sehr geschickt selbst vertheidigt, giebt zwar zu, daß er die Ausweisungsgeschichte in der angegebenen Weise erzählt, lebnt aber den Vorwurf der Verläumdung des Polizeipräsidenten ab, weil er nur vor seinen Bekannten seine wegen Mangel an Subsistenzmitteln unabweisliche Abreise von Berlin dadurch bemantelt habe gewollt. Daß er zu den Artikeln in der „Volkszeitung“ und im „Publizisten“ in irgendwelchen Beziehungen stehe, läugnet er beharrlich. Es wird jedoch aus den Akten festgestellt, daß er an seine Wirthin geschrieben, daß er das Opfer einer Polizeimaßregel geworden und — die Zeitungen das Nähere darüber bringen würden. — Zie- (Fortsetzung in der Beilage.)

mann ist demnach im Besitze von nur 2 Thln. nach Posen gekommen, hier in Mylius Hotel abgestiegen und hat sich hier für einen Baron, Bölow von Grot, ausgegeben, an der Table d'hôte gespeist, die Zechen nicht bezahlt und auf Befragen nach seinen Legitimationspapieren vorgegeben, der Sohn eines reichen Gutsbesizers aus Kurland zu sein, dessen Vater in diesen Tagen hier eintreffen würde. Er hat sich ferner Visitenkarten unter dem angegebenen Adelstitel stechen lassen und dem Hotelier Mylius erklärt, daß er Student sei, auf seine Erkennungskarte sogar die russische Grenze überschritten und die Absicht habe, nach Wien zu gehen, weshalb der Oberpräsident ihn wegen des nachgekauften Passes an die österreichische Gesandtschaft verweisen habe. Ferner hat der Angekl. vorgegeben, seine Briefstasche mit etwa 120 Thln. hier verloren zu haben, und Mylius um Veröffentlichung dieses Verlustes in der Posener Zeitung mit Aussetzung des Inhalts als Forderlohn ersucht. Der Oberkellner des Hotels hat demnach auf Veranlassung des Mylius dem Hausknechte Franke 2 Thlr. gegeben, dieser hat daraus die Insertionskosten mit 15 Sgr. bezahlt, und den Rest mit 1 Thlr. 15 Sgr. in der Meinung, daß derselbe dem Mylius gehöre, dem Letzteren, welcher das Geld für sich behalten, zurückgegeben. Gleichfalls unter Verlegung des erwähnten Adelsmittels hat demnach der Angeklagte von dem Holzhändler Hartwig hier selbst ein baares Darlehen von 10 Thln. erhalten und auch diesem die Gesichtsbücher mit seinem reichen Vater, der in diesen Tagen hier ankam und seine Schulden bezahlen würde, vorgespiegelt.

Von allen ihm zur Last gelegten Vergehen ist der Angekl. nur geständig, sich des ihm nicht zukommenden Namens Bölow von Grot bedient zu haben. Es sei dies aber nur in der Absicht geschehen, um sich dadurch aus augenblicklichen Geldverlegenheiten zu befreien. Die übrigen Thatsachen an und für sich bestreitet er zwar nicht; indessen läugnet er, die Absicht zu gehabt zu haben, Mylius und Hartwig um ihre Forderungen zu betrügen, und die vom Oberkellner hergegebenen 2 Thlr. zu unterschlagen. Er habe an seinen Vater um Geld geschrieben, und mit Sicherheit darauf gerechnet, solches von demselben zu erhalten. Alsdann würde er den Mylius und Hartwig befriedigt haben. Die 2 Thlr. aber seien, wenn er sie auch verbraucht, um so weniger als unterschlagen anzusehen, als dieselben ja auf der Hotelrechnung figurirt und er sie nur entziehen habe. Diese Einwendungen des Angeklagten wurden aber nach Vernehmung der Zeugen vollständig widerlegt. Das öffentliche Ministerium, auf die Gemeingefährlichkeit des Angeklagten hinweisend, der geständig und jedenfalls in unredlicher Absicht mehreren hochgestellten Personen in hiesiger Stadt seine Besuche unter dem erwähnten Adelsprädicat gemacht, schließt das Plaidoyer mit

dem Antrage auf 10monatliches Gefängniß, 1jähriger Entziehung der Ehrenrechte und 1jähriger Polizeiaufsicht gegen den Angekl. Nach längerer Berathung verurtheilte der Gerichtshof, welcher den Angekl. sämmtliche Vergehen für überführt erachtet, das Urtheil, wonach Angekl. mit 6monatlichem Gefängniß und 50 Thln. Geldbuße, im Unvermögensfalle mit noch 1monatlichem Gefängniß, einjähriger Unterzählung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte und einjähriger Stellung unter Polizeiaufsicht belegt worden. Der Angekl. nahm diesen Ausspruch offenbar tieferschüttert auf.

Znowraclaw, 1. Febr. [Schulsache; Wohlthätiges u.] Wie sorgfältig das Schulwesen bei uns gepflegt wird, dürfte aus Folgendem hervorgehen. Die k. Regierung zu Bromberg hat aus dem Jahresberichte ermittelt, daß auch zur hiesigen jüdischen Elementarschule ein taubstummer Knabe gehöre und den kundigen Lehrer veranlaßt, für den Unterricht desselben zu sorgen, resp. von kundiger Seite sich die Mittel hierzu an die Hand geben zu lassen. Mit der größten Bereitwilligkeit sind die Kosten hierzu auch seitens der städtischen Schulbehörden bewilligt worden. — An Stelle des ans Progymnasium berufenen Lehrers P. ist der zweite lat. Lehrer Rozlowicz gewählt worden. Sein Gehalt beträgt nun 240 Thlr. gegen 200 Thlr. früher. Im Ganzen sind die hiesigen Stellen an den Elementarschulen schlecht dotirt. So hat der dritte Lehrer an der jüdischen Schule nur 200 Thlr. Gehalt, bei einer Familie von 6 Kindern! Man scheint noch immer nicht zu der klaren Einsicht gekommen zu sein, daß zur Pflege des Schulwesens auch die Verbesserung des Einkommens der Lehrer gehöre. — Durch Beschluß des hiesigen jüdischen Korporationsvorstandes sollen auf Kosten der Korporationskasse 25 jüdische Schulknaben mit Kleidern beschenkt werden. — Fast täglich werden hier kleinere und größere Diebstähle begangen. Hier vermist eine arme Wittwe des Abends beim Nachhausekommen ihre Betten, deren eine Theil ihr selbst morgen wiederum zum Kaufe angeboten wird; da wird der Boden und dort der Speicher von den ungebeten Gästen geplündert; was wir uns aber nur dadurch erklären können, weil wir der Grenze so nahe wohnen.

Angerkommene Fremde.

Vom 1. Februar.

- MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. v. Radnick aus Gmichen, v. Zaleski und Polen aus Gnesen, Forstundiger des Marineministeriums Kaufmann aus Petersburg, Ballettänzer Matzgeber und Solotänzerin Frau Matzgeber aus Breslau, die Kaufleute Georges aus Schneeberg, Haberland, Bayer und Schelling aus Berlin.
HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer v. Zackowski aus Pomorzaniec, v. Storażewski aus Bilycz und v. Zoltowski aus Zajaczkowo, Gutsverwalter Janicki aus Gultow, Frau Oberförster Stahr aus Zielonka und Stud. jur. Nibel aus Grefswald.
HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsb. Meißner aus Kietz und v. Grabowski aus Uchorowo, Gerichts-Assessor v. Mroziński aus Breschen, Gutsbesitzer Kunowski aus Lowicz, Oberlehrer Ruzycyński aus Reutoschin, Bürger Grudzielski aus Gnesen und Administrator Zielsdorf aus Rajewo.
BUDWIG'S HOTEL. Die Gutsb. Stranz aus Rogowo und Häuser aus Bojaniec, die Kaufleute Cohn aus Eissa, Gaaje und Schulz aus Zerkow,

- Gaaje aus Pleßchen, Stiller aus Kempen, Cohn aus Grätz und Littauer aus Polajewo.
EICHENER BORN. Schuhmachermeister Reich aus Bomst und Tischlermeister Pohl aus Bromberg.
Vom 2. Februar.
STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsb. v. Kolaczowski aus Zernitz, Lieutenant v. Beyer aus Görlitz, Pastor Wenig aus Gembitz, Inspektor der Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft Reichhelm aus Magdeburg und Kaufmann Schilde aus Berlin.
BAZAR. Kunstbändler Gagen aus Düsseldorf, die Gutsb. Graf Potworowski aus Deutsch-Presse, v. Niezchowski aus Granowo, v. Drock aus Gogolewo, v. Strzydomski und v. Lutowski aus Zaborowo, v. Bocijewski aus Przekaw, v. Palisewski aus Gembitz, v. Niezchowski aus Bylic, v. Brodnicki aus Nieswiadawice und v. Kiercki aus Poberfa.
MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Rentant Hecht aus Rittsch, Fabrikant Günnecht aus Solingen, die Kaufleute Pad aus Barmen, Burbach aus Fürth, Ahrendt, Senne und Hoffmann aus Berlin, Bassel aus Wien, Gröber aus Hamburg und Sella aus Leipzig.
BUSCH'S HOTEL DE ROME. Lieutenant im 18. Inf. Regt. Robertag aus Glogau, die Kaufleute Hundius aus Berlin, Kreyenberg aus Braunschweig, Düttmann aus Saalfeld und Donich aus Thorn.
HOTEL DU NORD. Königl. Kammerherr und Rittergutsb. Graf Zoltowski aus Gzacz, die Rittergutsb. v. Bieganst aus Gylowo, Braemel aus Wieszewo, v. Starzyński nebst Frau aus Solowo und v. Zatrzewski nebst Frau aus Baranowo, die Rittergutsb. Frauen v. Woraczewska aus Szakawo, v. Pomorska aus Grabianowo und v. Sclapowska aus Rothdorf, Lieutenant im 18. Landw. Regt. Mittelstädt aus Kurowo und Kaufmann Nies aus Nafel.
HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Bergmann aus Eissa und Joachimthal aus Frankfurt a. O., Gutspächter Hoffmann aus Lucynowo, Bauermeister Parzyński aus Weichen, die Gutsb. v. Zablocki aus Obora und Heideroth aus Plawce, Gutspächter Brehmer und Deconom Brehmer aus Miedziano.
HOTEL DE PARIS. Bevollmächtigter Kredzi aus Wegierki, Gutsverwalter Stojanowski aus Grabow, die Gutsb. v. Kuczberski aus Polen und v. Kotarski aus Kamieniec.
BUDWIG'S HOTEL. Müller Rybachs, Bürger Grzejewicz, die Kaufleute Lomental, Schulz, Posener, Alexander und Frau Kaufmann Goldmann aus Zerkow, Kaufmann Henschel aus Breslau und Bäcker Heppner aus Pleßchen.
EICHENER BORN. Kommissionär Lange aus Bromberg, Fleischermeister Roszjewicz und Schuhmachermeister Müller aus Grim.
PRIVAT-LOGIS. Wachtmeister in der Gendarmerie Stüber aus Wisitz und Kaufmann Bojanick aus Bal, St. Martin Nr. 14.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung. Unter Bezugnahme auf unsere vorläufige Bekanntmachung vom 29. November v. J. wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß zur öffentlichen Verpachtung des königlichen Domainenvorwerks Nieszewice im Wege des Meistgebots ein Termin auf Dienstag den 27. März Vormittags 11 Uhr im kleinen Sitzungszimmer des Regierungskollegiums hier selbst vor dem Regierungskollegium v. Schierstedt angeberst ist, zu welchem qualifizierte Pachtbewerber hierdurch eingeladen werden. Die Domaine liegt 4 Meilen von Bromberg und 2 Meilen von Znowraclaw, 1/2 Meile von der beide Orte verbindenden Chaussee. Sie besteht aus: Hof und Baustellen 13 Morgen 65 Ruth., Gärten 51 54, Acker 2058 173, Wiesen 631 95, Untertung 353 157, Wege, Gräben u. 94 60, zusammen 3203 Morgen 64 Ruth. Das geringste Pachtgeld ist auf 3200 Thlr. festgesetzt. Zur Uebernahme der Pacht ist ein disponibles Vermögen von 20,000 Thlr. nachzuweisen. Die Pachtbedingungen können in unserer Registratur eingesehen, auch gegen Einziehung der Kopialien durch Postvorschuß schriftlich mitgeteilt werden. Bromberg, den 24. Januar 1860.

Königliche Regierung, Abtheilung für direkte Steuern, Domainen und Forsten. Notwendiger Verkauf. Königlich-Kreisgericht zu Schroda. Dritte Abtheilung. Das dem Rittergutsbesitzer Stanislaus Ignaz von Topolecki gehörige Rittergut Trzek, abgetheilt auf 18,592 Thlr. 25 Sgr. 6 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 6. Mai 1860 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Gericht zu melden. Schroda, den 5. Oktober 1859.

Notwendiger Verkauf. Wilhelmin und Louise geborne Caffé-Gäbelerin Eheleute gehörige, unter Nr. 499 A. Grundstück, abgetheilt auf 6734 Thlr. 2 Sgr. 1 Pf., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 6. Juni 1860 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Die dem Aufenthalte nach unbekanntem Besitzer, Zimmermeister Johann Friedrich Wilhelmin und Louise geborne Caffé-Gäbelerin Eheleute, werden hierzu öffentlich vorgeladen. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgebühren Befriedigung suchen,

haben ihren Anspruch bei dem Substationsgericht anzumelden. Bromberg, den 24. Oktober 1859. Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung. Notwendiger Verkauf. Königlich-Kreisgericht zu Gnesen, den 14. Januar 1860. Das den Carl und Ida Johanneschen Eheleuten gehörige, zu Waliszewo sub Nr. 9 belegene Grundstück, abgetheilt auf 7011 Thlr. 3 Sgr. 8 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 7. August 1860 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Die Inhaber der Streit- und Spezialmasse, Kaufmann Julius Aschheim contra Franz Hymarzewicz ex Waliszewo Nr. 5/9, werden hierzu öffentlich vorgeladen. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung aus den Kaufgebühren suchen, haben ihren Anspruch bei dem Substationsgericht anzumelden.

Bekanntmachung. Zu dem Konkurs über das Vermögen des Major a. D. v. Rostki auf Lischen hat der Kaufmann und Bankier Simon Levy zu Lissa den Ausfall der für ihn auf den Rittergütern Lischen und Curangelwitz haftenden Forderung von 22,000 Thlr. nebst 5 Prozent Zinsen seit dem 1. Juli 1857 angemeldet. Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist auf den 18. Februar c. Vormittags 11 Uhr vor dem unterzeichneten Kommissar im Terminzimmer Nr. 1 anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntniß gesetzt werden. Gubrau, den 26. Januar 1860. Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung. Kommissarius des Konkurses Halke.

Konkurs-Eröffnung. Königlich-Kreisgericht zu Lissa; Erste Abtheilung. Lissa, den 30. Januar 1860 Vormittags 11 Uhr. Ueber das Vermögen des Handelsmanns Chayé Chodzieff zu Lissa ist der kaufmännische Konkurs im abgekürzten Verfahren eröffnet, und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 13. Januar 1860 festgesetzt worden. Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann Julius Bach hier bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf den 13. Februar 1860 Vormittags 11 Uhr vor dem Kommissar, Herrn Assessor Polomski, Zimmer Nr. 17, anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben. Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu bezahlen, vielmehr von dem Besitze der Gegenstände bis zum 15. Februar 1860 einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte ebenfalls zur Konkursmasse

abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandgegenständen nur Anzeige zu machen. Zugleich werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtskräftig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte bis zum 28. Februar 1860 einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnach zur Prüfung der sämmtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen auf den 13. März 1860 Vormittags 10 Uhr, vor dem oben genannten Kommissar im Terminzimmer Nr. 17 zu erscheinen. Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen. Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Gerichtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwält Stiebler, Nolte und Pohle zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Bau-, Holz- u. Brennholz-Versteigerungen. Es sollen: I. Mittwoch den 15. Februar c. im Forstbause Prowno, aus dem dortigen Reviere, Bauholz, Birken- und Kiefern-Hühlpölzer und Schneide-Enden, auch Brennholz in Kloben, Stangen und Reisig; II. Mittwoch den 7. März c. im Krüge zu Zielonka Bau- und Hühlpölzer aller Holzarten und in allen Längen und Stärken, worunter auch viele Eichen, aus den Zielonker und Stegwälder Forsten; III. Donnerstag den 15. März c. im Gasthause zu Czachorki Bauholz und Brennholz, lange Stangen, Stubben und Reisig; IV. Dienstag den 20. März c. im Forstbause Prowno, aus dem dortigen Reviere, Bau- und Brennholz, Reisig und Stangen; V. Mittwoch den 21. März c. im Krüge zu Zielonka, aus den sämmtlichen unliegenden Forsten, Brennholz aller Art, auch lange Kiefern-Stangen, und VI. Dienstag den 27. März c. im Gasthause zu Stowno-Kolonie bei Posen Stubben- und Kiefernholz, aus dem Reviere Schweritz überall von 10 Uhr ab, gegen gleich baare Bezahlung meistbietend verkauft werden. Zielonka, den 25. Januar 1860. Der Königl. Oberförster Stahr.

Polnischer Sprachunterricht. Sungen Geschäftsleuten und Beamten, welche sich in der polnischen Sprache theoretisch und praktisch für ihren Geschäftskreis ausbilden wollen, kann einen tüchtigen Lehrer nachweisen. Th. Hecht, Lehrer. Schulstr. 9.

Bei dem Unterzeichneten können zu Ostern wieder einige Knaben zur Vorbereitung für die mittleren Gymnasial- und Realklassen Aufnahme finden. Wollstein, den 1. Februar 1860. Braun, Rektor und Prediger.

Ein vor kurzem billig erstandenes Forwert bei Mogilno, von 202 M. Morgen guten Bodens, kann unter leichten Bedingungen sofort abgetreten werden. Adresse auf franko Anfragen durch die Exped. d. Ztg.

Bei dem Unterzeichneten können zu Ostern wieder einige Knaben zur Vorbereitung für die mittleren Gymnasial- und Realklassen Aufnahme finden. Wollstein, den 1. Februar 1860. Braun, Rektor und Prediger.

Bei dem Unterzeichneten können zu Ostern wieder einige Knaben zur Vorbereitung für die mittleren Gymnasial- und Realklassen Aufnahme finden. Wollstein, den 1. Februar 1860. Braun, Rektor und Prediger.

JANUS. Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg. Grund-Kapital: Eine Million Mark Banko. Die Zahl der Anmeldungen belief sich in 1859 auf 1325 mit . . . Bko. Mark 2,141,630. Davon wurden aufgenommen: 1075 Personen, darunter 49 Nachvers., mit . . . 1,596,935 Die Gesamt-Versicherungssumme beläuft sich demnach nach Abzug des Abganges ult. 1859 auf . . . ca. 11,850,000 über ca. 7600 Personen vertheilt. Die Einnahme der Lebensversicherungs-Branche belief sich an Prämien und Kapitalzahlungen auf . . . ca. 383,000 an Zinsen auf . . . ca. 45,300 Es starben von den Versicherten in 1859 98 Personen mit versicherten . . . 130,660 Im Ganzen hat die Gesellschaft in ihrer zwölfjährigen Wirksamkeit an die Erben von 629 Verstorbenen bezahlt . . . 1,063,925 Die Pensionsversicherungs-Branche weist einen Kapitalbestand nach von . . . 154,000 Die Gesamt-Reserven der Gesellschaft betragen jetzt, mit Ausschluss des Grund-Kapitals von einer Million Mark Bko. ca. 1,205,000 Davon sind hypothekarisch auf Landgüter ausgeliehen . . . ca. 972,000 Hamburg, den 15. Januar 1860. Die Direktion des „JANUS“ Meth. A. W. Schmidt. Die Gesellschaft gestattet vierteljährliche und monatliche Prämienzahlungen, verlangt kein Eintrittsgeld und nimmt und giebt Recht vor den Gerichten der betreffenden Versicherten. Prospekte und Antragsformulare unentgeltlich in Posen bei dem Hauptagenten Hrn. R. Levysohn, Markt 85, in Gnesen bei Herrn Hauptmann Dierne, Ostrowo bei Herrn Otto Hinze, Schrimm bei Herrn Emil Stewerth, Lissa bei Herrn Julius Busch, Birnbaum bei Herrn J. M. Strich, Grätz bei Herrn B. Kubate, Meseritz bei Herrn A. F. Gross & Co. Posen, 1. Februar 1860. Meinen Geschäftsfreunden hiermit die ergebene Mittheilung, daß ich mein seit 44 Jahren hierorts geführtes Manufakturwaaren-Geschäft mit sämmtlichen Aktiva und Passiva meinem Sohne und leiblichen Teilnehmer David Ephraim am heutigen Tage übergeben habe, bittend, daß mir bisher gewürdigte Vertrauen meinem Nachfolger ebenfalls angedeihen zu lassen. Raphael Ephraim. Mich auf vorstehende Anzeige meines Vaters beziehend, werde ich das mir nunmehr gänzlich übergebene Manufakturgeschäft mit ungeschwächten Mitteln unter der bisherigen Firma: Raphael Ephraim fortführen, und wird es mein Bestreben bleiben, nach wie vor in rechtlicher Handlungsweise die Ehre der Firma zu wahren. David Ephraim.

Stablissements-Anzeige. Einem hochgeehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich Berlinerstraße Nr. 13, im Hause des Herrn Optikus Bernhard, ein Kurzwaaren, Parfümerien, Handschuh- und Kravattengeschäft eröffnet habe.

Waleria Chuderska. Strohhat-Färberei. Strohüte werden von jetzt ab in meiner Färberei auf das Schönste und Billigste gefärbt, dieselben erhalten auch Farben und werden auf Verlangen auch modernisiert.

Einem geehrten Publikum beehre ich mich hiermit ergebenst anzuzeigen, daß ich mit dem heutigen Tage am hiesigen Orte Bronnerstraße Nr. 14 ein Licht- und Seifengeschäft eröffnet habe.

Waldsamen. Kiefer (Pinus sylvestris) 56 Th. 17 1/2 Sgr. Fichten (Pinus picea) 12 4 Sgr. Lärchen (Pinus larix) 25 8 Sgr.

In dem Walde von Bachorzewo bei Jarocin stehen einige 30 hiesige Stämme von 100 Kubikfuß und darüber zum Verkauf.

Mastvieh-Berkauf. 15 Stück fette Ochsen und Kühe stehen auf dem Dom Antonshof bei Poln. Lissa zum Verkauf.

Stadttheater in Posen. Donnerstag, zum Benefiz für Fräul. Lüch, neu einstudirt: Grifeldis. Schauspiel in 5 Akten von Palm.

Geränderte Waaren empfangen in frischer Waare W. F. Meyer & Co., Wilhelmplatz Nr. 2.

auf die geehrten Künstler aufmerksam zu machen, da selbige in ganz Deutschland mit dem größten Erfolg gastirt haben. Joseph Keller.

Café Bellevue. Heute den 2. Februar 1860 Konzert auf der Zither und Gesang-Vorträge der Gesellschaft Thomandl aus Ober-Oestreich, wozu ergebenst einladet Asch.

200,000 Gulden Hauptgewinn der Oestreich'schen Eisenbahn-Loose. Hauptgewinne des Anlehens sind: 2mal fl. 250,000, 7mal fl. 200,000, 103mal fl. 150,000, 90mal fl. 40,000, 105mal fl. 30,000, 90mal fl. 20,000, 105mal fl. 15,000, und 2040 Gewinne von fl. 5000 bis abwärts fl. 1000.

Breslauerstr. 9 ist eine Parterre-Wohnung (3 Stuben) sofort, und eine Wohnung 1 Treppe (4 Stuben) von Ostern zu vermieten.

Von den Erben des berühmten Linguisten Kaspar Zeuss habe ich dessen „Die Deutschen und die Nachbarstämme“ München, 1837, VIII u. 778 S. S., käuflich übernommen.

Die gestern Abend 9 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau von einem gesunden Knaben zeige ich Freunden und Bekannten hiermit ergebenst an.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen. Wegen des heutigen katholischen Feiertages keine Geschäfts-Versammlung.

Produkten-Börse. Berlin, 1. Febr. Wind: Nord-Nord-West. Barometer: 27 1/2. Thermometer früh: 2°.

Breslau, 1. Febr. Wetter: Schneetreiben mit Regen, am frühen Morgen 0°.

Gesuch eines Büchsenmachers. Ein Büchsenmachermeister oder Gehülfe, welcher im Schmieden, Eisenarbeit und Schäften, also mit Fertigung eines ganzen Gewehrs, ohne Gravirung, bewandert und der polnischen Sprache mächtig ist, wird gesucht.

Der Herr, angeblich Wirtschaftsbeamter aus dem Schroader Kreise, welcher am Dienstag Abend dem Uhrmacher E. Günter in Posen eine silberne Cylinderruhr zum Verkauf anbot, und bei der Aufforderung, sich zu legitimiren, schnell fortging, wird, da er die Uhr zurückließ, aufgefordert, über dieselbe zu disponiren, oder dieselbe abzuholen.

Die gestern Abend 9 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau von einem gesunden Knaben zeige ich Freunden und Bekannten hiermit ergebenst an.

Stettin, 1. Febr. Schneefall. Wind NW. Thermometer + 10° R.

Wollbericht. Breslau, 31. Jan. Die Lebhaftigkeit im Wollgeschäft, mit welcher der Monat Dezember schloß, trug sich auch auf den eben abgelaufenen Monat über.

Die Dame française ayant de bons renseignements à donner desire se placer comme gouvernante dans une honorable famille.

Als Verlobte empfehlen sich: Rosalie Bergas, Marens Peiser, Gräz, Samter.

Lamberts Salon. Donnerstag den 2. Februar großes Instrumental-Konzert von der Kapelle des kgl. 7. Inf. Regts.

Stettin, 1. Febr. Schneefall. Wind NW. Thermometer + 10° R.

Die Dame française ayant de bons renseignements à donner desire se placer comme gouvernante dans une honorable famille.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Aktien, Bank- und Kredit-Aktien und Antheilsgeselle. Lists various stocks and their prices.

Table with 2 columns: Waaren-Kred. Anst., Industrie-Aktien. Lists various stocks and their prices.

Table with 2 columns: Prioritäts-Obligationen, Preussische Fonds. Lists various bonds and their prices.

Table with 2 columns: Staats-Schuldsch., Ausländische Fonds. Lists various bonds and their prices.

Table with 2 columns: Gold, Silber und Papiergeld, Wechsel-Kurse vom 31. Januar. Lists various currencies and exchange rates.